Nr. 59 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 30

Morgen-Ausgabe

70 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 63,— M. monatl. 21,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20,— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg 51,— M., für das übrige Ausland 72,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zehngespaltene Nonpareillezeile kostet 9,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,50 M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 4,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Sonnabend, den 4. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Die Gewerkschaften für Streikabbruch.

An die Beamten, Arbeiter u. Angestellten!

Unter völliger Nichtachtung der anerkannten gewerkschaftlichen Grundsätze hat die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter anläßlich einer noch im Gange befindlichen Lohnverhandlung durch Aufforderung zum Streik den Eisenbahnverkehr — auch den für die Ernährung des Volkes nötigen — lahmgelegt. Obwohl gerade die werktätige Bevölkerung unter den Folgen am schwersten zu leiden hat und die Besoldungsordnung der Beamten mit den zurzeit stattfindenden Verhandlungen über die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in Staatsbetrieben im engsten Zusammenhange steht, hat es die Reichsgewerkschaft absichtlich unterlassen, dem Wunsche der übrigen betroffenen Gewerkschaften nach einem gemeinsamen Vorgehen nachzukommen. Dieselbe Reichsgewerkschaft, die jetzt Hilfe von den Arbeitern und Angestellten fordert, hat auch diesmal ihre Sonderbestrebungen den gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer übergeordnet.

Es ist unerträglich, wenn eine einzelne undisziplinierte Gruppe in solch unverantwortlicher Weise mit dem Schicksal der gesamten Bevölkerung spielt. Dieser Lohnstreik einer Beamtengruppe muß bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage auch bei nur kurzer Dauer die Lebensbedingungen aller Arbeitnehmer, besonders in den Großstädten, aufs verhängnisvollste gefährden.

Geradezu katastrophal aber wirkt dieser Streik bereits jetzt — drei Wochen vor der Konferenz in Genua — auf die Außenpolitik Deutschlands ein.

Die Verantwortung gegenüber den von ihnen vertretenen Beamten, Arbeitern und Angestellten wie gegenüber dem gesamten Volke legt deshalb den unterzeichneten Spitzenorganisationen aller Gewerkschaftsrichtungen die gebieterische Pflicht auf, alle im Streik befindlichen Eisenbahner aufzufordern, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Von der Reichsgewerkschaft wird erwartet, daß sie sich ebenso ihrer schweren Verantwortung bewußt wird und den Streik unverzüglich beendet. Die für diesen besonderen Streikfall der Reichsbahnbeamten erlassene Verordnung des Reichspräsidenten wird mit der Beendigung des Streiks gegenstandslos.

Die unterzeichneten Spitzengewerkschaften haben bei ihren Verhandlungen mit der Reichsregierung von dem folgenden Stand der Besoldungsfrage Kenntnis genommen:

Die Reichsregierung hat gemäß ihrer bei der Verabschiedung der letzten Besoldungsvorlage gemachten Zusage bereits am 25. Januar d. J., also vor Ausbruch des Streiks, die Frage der Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen an Beamte in Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Anlehnung an die den Arbeitern bewilligten Ueberteuerungszuschüsse mit dem 23. Ausschuß des Reichstags eingehend geprüft. Das Reichskabinett hat bald darauf den Gesetzentwurf, welcher die für die Gewährung der Wirtschaftsbeihilfen nötigen Mittel bereitstellen soll, genehmigt sowie die erforderlichen Maßnahmen für eine beschleunigte Verabschiedung der Vorlage durch die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und für eine möglichst baldige Ausführung der Zahlungen getroffen. Auch hat die Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit den Spitzenverbänden, die Beamte vertreten, in Erörterungen über die weiteren grundsätzlichen Besoldungsfragen und sonstigen Wünsche der Beamten einzutreten.

Die Reichsregierung erklärte ferner ausdrücklich, daß alle Gerüchte und Behauptungen über eine beabsichtigte Beschränkung der verfassungsmäßigen Koalitionsfreiheit durchaus unbegründet sind.

Damit ist die Berücksichtigung der berechtigten Beamtenforderungen und der Schutz des Koalitionsrechts aller Arbeitnehmer gesichert. Wir erwarten von der organisierten Arbeitnehmerschaft, daß sie sich ausschließlich an die Weisungen ihrer Spitzenorganisationen hält.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. gez. Leipart.
Deutscher Gewerkschaftsbund. Baltrusch.
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.
Hartmann. Schneider.
Allgemeiner freier Angestelltenbund. Aufhäuser. Süß.

Die Vorgeschichte des Aufrufs.

Ein Ergebnis der Besprechung in der Reichskanzlei.

Gestern nachmittag empfing der Reichskanzler die Spitzenverbände der drei Gewerkschaftsrichtungen, mit denen in Anwesenheit der beteiligten Ressortchefs eine eingehende Aussprache über die Streiklage stattfand. Im Anschluß an diese Besprechung wurde im Beisein von Vertretern der Gewerkschaften der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes empfangen, nachdem er die Erklärung abgegeben hatte, daß er den Streik ablehne und das Vorgehen der Reichsgewerkschaft mißbillige.

Der Reichskanzler sagte zu, daß die Erörterungen mit den Spitzenorganisationen über die grundsätzlichen Fragen der Beamtenbesoldung alsbald fortgesetzt werden sollen. Auf Grund dieser Aussprache haben sodann die Spitzenverbände den oben wiedergegebenen Aufruf zur Beendigung des Streiks erlassen.

Vom Zeitungsdienst des Deutschen Beamtenbundes wird mitgeteilt: Die Bundesleitung hat im Laufe des Freitags beim Reichskanzler nochmals Vorstellungen erhoben, um die sofortige Aufnahme der Verhandlungen über die Forderungen des Beamtenbundes zu erreichen. Der Reichskanzler erklärte sich bereit, die vom Deutschen Beamtenbund nachgesuchten Verhandlungen persönlich schleunigst einzuleiten. Die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes sagten ihre Bereitwilligkeit zu, dahin zu wirken, daß die Streikbewegung so schnell wie möglich zu Ende gebracht wird.

Die Reichsgewerkschaft will verhandeln.

Die V. S.-Korrespondenz meldet, daß die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner im Laufe des gestrigen Tages sich mehrfach durch Unterhändler bemüht hat, zu den Besprechungen der Spitzenorganisationen mit dem Reichskanzler herangezogen zu werden. Die Intervention, an der sich auch Parlamentarier beteiligten, mißlang jedoch. Die Reichsgewerkschaft versuchte auch durch den Deutschen Beamtenbund Zutritt zur Sitzung zu erlangen und entsandte schließlich selbst einen bevollmächtigten Vertreter zusammen mit einem Beauftragten des Deutschen Beamtenbundes, um an der Aussprache teilnehmen zu können. Die Reichsgewerkschaft betont, daß ihre Vertreter zu Verhandlungen mit der Regierung jederzeit bereit seien. Bis jetzt hat jedoch der Wunsch der Reichsgewerkschaft, Verhandlungen einzuleiten, bei den zuständigen Regierungsstellen keinen Anklang gefunden.

Abwartende Haltung der Post- u. Telegraphenarbeiter

Der von den Funktionären der im Deutschen Verkehrsbund organisierten Post- und Telegraphenarbeiter am Donnerstag abend gefaßte Streikbeschluß gilt als noch nicht offiziell. Freitag vormittag beschloß eine neue Funktionärversammlung, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, bis die Bezirksverwaltung Berlin des Verkehrsbundes den Streikbeschluß sanktioniert. Wie wir erfahren, wird sich die Bezirksverwaltung baldigst über ihre Stellungnahme zu dem Streikbeschluß der Funktionäre schlüssig werden und eine Entscheidung treffen. Immerhin ist es bereits Freitag bei einzelnen Telegraphenabteilungen und Bauämtern zu teilweisen Arbeitsniederlegungen gekommen, die jedoch nicht ins Gewicht fallen.

Die Streiklage im Reich.

Magdeburg, 3. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Eisenbahndirektion hat am Freitag vormittag Eisenbahnarbeiter, die Streikbrecherarbeiten verweigerten, ausgesperrt. Ein Führer der Magdeburger Reichsgewerkschaft ist verhaftet worden, wurde jedoch nach seiner Vernehmung wieder entlassen.

Braunschweig, 3. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Heute vormittag fand eine Versammlung der Braunschweiger Eisenbahnbeamten statt, die der Reichsgewerkschaft angehören. Die Beamten beschlossen, den Streik bis zum siegreichen Ende durchzuführen. Der Führer der hiesigen Ortsgruppe der Reichsgewerkschaft und der Landtagsabgeordnete Schuhmacher machten den Mitgliedern Mitteilung über rechtswidriges Vorgehen der Braunschweigischen Eisenbahndirektion. So sind u. a. junge Beamtenanwärter schriftlich aufgefordert worden, sofort wieder ihren Dienst anzutreten, andernfalls sie sich als entlassen betrachten könnten. Der hiesige Ortsgruppenleiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes teilt hierzu mit, daß der Präsident der Eisenbahndirektion Hannover-Braunschweig ausdrücklich den Gewerkschaftsvertretern gegenüber erklärt hat, daß ein solches Vorgehen streng von ihm verurteilt würde. Die Magdeburger Eisenbahndirektion hatte sich im Laufe des heutigen Tages um Bahnhofsschutz an die Braunschweigische Beamtenschaft gewandt. Die Braunschweigischen Eisen-

Der Schiedsspruch für die Gemeindebetriebe.

Der Manteltarif bis 30. Juni verlängert.

Gestern abend traten die Funktionäre der städtischen Arbeiter in der Bötzow-Brauerei zusammen, um dort das Ergebnis der Urabstimmung in den städtischen Betrieben zu erfahren und dann über den im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch zu entscheiden. Da der Schiedsspruch erst kurz vor 8 Uhr abgegeben wurde, verzögerte sich der Beginn der Versammlung erheblich. Einleitend gab Reinefeld vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Ergebnisse der Urabstimmung bekannt. Insgesamt sind 52 031 Stimmen abgegeben worden. Davon für Annahme des Manteltarifs 2153, für Ablehnung 49 013. Ungültig waren 715 Stimmen.

Erst kurz nach 10 Uhr wurde die Versammlung eröffnet und Lagodschinski berichtete über den Schiedsspruch, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Schlichtungsausschuß kann angesichts der ihm zur Verfügung stehenden beschränkten Zeit die Gesamtheit der vorliegenden Streitfragen nicht entscheiden. Er entscheidet, wie folgt: Die alten Manteltarife werden mit den von den beiden Parteien übereinstimmend für zweckmäßig gehaltenen Aenderungen bis zum 30. Juni 1922 verlängert. Der Schlichtungsausschuß hat diese Verlängerung ausgesprochen, weil er der Auffassung ist, daß innerhalb der nun gegebenen Zeit der Abschluß der neuen Manteltarife möglich ist. Der Schlichtungsausschuß ist weiter der Auffassung, daß bei den Verhandlungen, die spätestens am 1. März 1922 zu beginnen haben, die bei den bisherigen Manteltarifen gemachten Erfahrungen berücksichtigt werden müssen. Er hält Aenderungen namentlich dahin für geboten,

1. daß der gegenwärtig für 48 Stunden gezahlte Wochenlohn auf die wirklich geleistete Arbeitszeit ohne Kürzung umgerechnet wird,
2. daß die Urlaubsregelung für die städtischen Arbeiter dem Urlaub der städtischen Beamten angepaßt wird,
3. daß die Parteien umgehend, und zwar noch vor Abschluß der neuen Tarife dafür Sorge tragen müssen, daß die von ihnen für die Regelung von Streitfragen geschaffenen Schlichtungsinstanzen bei Entlassungen innerhalb einer Woche endgültig Entscheidung treffen.

Der Schlichtungsausschuß ist weiter der Meinung, daß im Falle der Entlassung aus wichtigen Gründen (§ 123 Gewerbeordnung, § 63 des Handels-Gesetzbuches und entsprechenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches eine Lohnzahlung über den Tag der Entlassung hinaus nicht zu erfolgen braucht. Die Nachzahlung hat zu erfolgen, wenn die betreffenden Instanzen die Entlassung für ungerechtfertigt befunden haben.)

Der Schlichtungsausschuß richtet an alle für die Produktivität der städtischen Betriebe maßgebenden Faktoren die dringende Aufforderung, mit allen Kräften für die möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebe Sorge tragen zu wollen.

Den Parteien wird aufgegeben, ihre Stellungnahme zu dem Schiedsspruch innerhalb einer Woche sich gegenseitig und dem Arbeitsministerium mitzuteilen."

Gegen diesen Schiedsspruch machte sich in der Versammlung starker Widerspruch geltend. Die Diskussionsredner erklärten, daß man zum mindesten verlangen müsse, daß der Spruch für das ganze laufende Jahr Geltung habe.

Lagodschinski berichtete eingehend noch einmal über die einzelnen Teile des Schiedsspruches, der ein annehmbares Kompromiß bilde. Der nächste Redner Reindorf erklärte jedoch, daß auf Grund der Urabstimmung der Streik beschlossen sei und daß man über den Schiedsspruch, weil er erst nach der Urabstimmung gefällt sei (!), überhaupt nicht debattieren könne. Der Redner stellte den Antrag, ohne Diskussion sofort den Streik zu beschließen.

Es gelang, die Opposition, die anfangs ihren Streikwillen durchzusetzen suchte, zu beschwichtigen, und Schmidt vom Zentralverband der Angestellten erreichte, daß die Versammlung die Vertreter der einzelnen Organisationen noch einmal zu Worte kommen ließ. Lagodschinski erklärte in längeren Ausführungen, daß der Schiedsspruch keineswegs die Grundlage für einen Streik bilden könne, da er einen Teil der aufgestellten Forderungen erfülle. Die Ausführungen dieses Redners wurden von der Opposition durch Pfeifen und Zwischenrufe häufig unterbrochen.

Orthmann und Müntner legten eingehend dar, daß die Situation sich doch ganz wesentlich geändert habe, und man müsse sich fragen, für was man in den Kampf ziehe. Die Würfel könnten heute nicht fallen. Hervorgehoben müsse noch einmal werden, daß der alte Manteltarif in unveränderter Form zunächst bis 30. Juni Geltung behalte.

Nach weiterer Debatte wurde gegen eine Stimme beschlossen, den Beginn der Aktion in die Hände der bereits gewählten Streikleitung zu legen und dieser alle Vollmacht zu erteilen. Angenommen wurde noch eine Resolution, die den streikenden Eisenbahnern und Telegraphenbeamten ihre Sympathie ausspricht sowie schärfsten Protest gegen die Regierungsmaßnahmen erhebt. Der ADGB. soll aufgefordert werden, zu ihrer Beseitigung sofort zum Generalstreik aufzurufen.

bahnbeamten und -arbeiter haben aber einmütig jeglichen Bahnhofsschutz abgelehnt. Streikbrecherarbeit wird kaum geleistet.

Hannover, 3. Februar. (Eig. Drahtbericht.)
Im allgemeinen ist die Lage im Eisenbahnerstreik wie gestern. Einiges Personal der Eisenbahn ist noch in den Streik getreten. Die Lokomotivführer sind fast alle im Streik. Durch das Eingreifen der Technischen Nothilfe können einige Personenzüge, insbesondere auf den Strecken Hildesheim—Lehrte, verkehren. Arbeiterzüge verkehren bis auf weiteres. Der Betrieb leidet durch den starken Schneesturm, der seit heute früh ununterbrochen herrscht. Gestern tagte eine überfüllte Versammlung von Tausenden von Eisenbahnern, Anwärtern und Arbeitern, die den verschiedenen Eisenbahnergewerkschaften angehörten. Vertreter sämtlicher Gewerkschaften sprachen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der einstimmig Protest erhoben wird gegen die Verordnung vom 1. Februar 1922, durch die der Reichsgewerkschaft der Streik verboten wird.

Hamburg, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.)
In Hamburg hat sich die Streiklage weiter verschärft. Es ist die Zahl der verhafteten Reichsgewerkschaftler auf 10 gestiegen. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat sich bemüht, mit der Eisenbahndirektion in Altona Verhandlungen anzubahnen, um durch Einleitung von Notstandsarbeiten Freilassung der Inhaftierten zu erlangen. Die Eisenbahndirektion legte, wie sie erklärt, auf Anweisung des Ministeriums eine ablehnende Haltung an den Tag. Sie behauptet, nur mit Hilfe der Technischen Nothilfe den Notstandsverkehr aufrechterhalten zu dürfen. Außerdem brachten die Vertreter der Eisenbahndirektion zum Ausdruck, sie hätten Anweisung von Berlin, mit aller Schärfe die Verordnung des Reichspräsidenten durchzuführen und könnten daher über Freilassung der Verhafteten nicht verhandeln. Dieser Ausgang der in freiwilliger Weise von den freien Gewerkschaften versuchten Vermittlung hat zu einer weiteren Erbitterung der Arbeiter beigetragen. In einer Generalversammlung der Ortsgruppe Hamburg des Eisenbahnerverbandes kam das zum Ausdruck, trotzdem wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die neutale Haltung beizubehalten.

Der hamburgische Senat erläßt eine Kundgebung an die Bevölkerung, in der er auffordert, die Ruhe zu bewahren und das Wirtschaftsleben nicht durch die Befolgung weiterer Streikaufforderungen noch mehr zu gefährden. Er versichert, daß er sich bemühen werde, die Versorgung sicherzustellen.

Bielefeld, 3. Februar (Eig. Drahtbericht.)
Die Lage ist folgende: Der Streik wird geführt von der Reichsgewerkschaft in den Besoldungsgruppen 1—8. Der Eisenbahnerverband teilt mit, daß der Streik nicht sabotiert und keine Streikbrecherarbeit verrichtet wird. Hier ruht der Verkehr vollständig, nur einige Kleinbahnen verkehren.

Düsseldorf, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.)
Trotzdem in Düsseldorf, als dem neu besetzten Teil des Rheinlandes, nach den Bestimmungen der Besatzungsbehörde ein Streik nicht stattfinden darf, ist die Lage auf dem Düsseldorfer Hauptbahnhof alles andere als normal. Der Personenverkehr ist außerordentlich eingeschränkt, weil nur der Verkehr in das besetzte Gebiet hinein aufrechterhalten werden kann. Außerdem findet ein Pendelverkehr zwischen Duisburg und Düsseldorf statt. Die Fernzüge bleiben in der Hauptsache aus. Bis Freitag vormittag ist kein Fernzug aus der Richtung Berlin hier eingegangen. Zwei D-Züge, die gestern abend nach Berlin abgelassen wurden, sind nur bis Duisburg gekommen, von wo aus sie heute bis Düsseldorf zurückgekehrt sind. In ungeheurer Zahl wachsen auf dem Hauptbahnhof die unerledigt gebliebenen Postsendungen. Ganze Wagenladungen von Paketen stehen herum, und man befürchtet, daß ein Teil ihres Inhaltes dem Verderben ausgesetzt sein wird.

Nach einer WTB.-Meldung soll in Deutsch-Eylau die Streikleitung verhaftet worden sein.

Verschärfung im Industriegebiet.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist eine wesentliche Verschärfung eingetreten. Während sich zunächst nur das Lokomotivpersonal an dem Streik beteiligte, haben sich jetzt auch die Weichensteller und Rangierer vollständig dem Ausstand angeschlossen. Selbst die Bureaubeamten, Vorsteher usw., haben die Teilnahme an dem Ausstand beschlossen. Unter diesen Umständen erscheint es ganz unmöglich, mit Hilfe der technischen Nothilfe den in Aussicht genommenen Notfahrplan einzuführen. Der Ausstand wird mit der größten Schärfe durchgeführt. Der gesamte Eisenbahnverkehr ruht. Es werden nicht einmal Milch- und Lebensmittelzüge gefahren. Der Kohlenversand aus dem Ruhrbezirk hat ganz aufgehört. Die Zechen erhalten keine leeren Wagen mehr und die beladenen werden nicht abgefahren. Auch die Kohlensendungen an die Entente werden nicht mehr befördert. Der Postverkehr stockt ebenfalls.

•

Zur Streiklage in **Potsdam** ist noch der Eintritt der Eisenbahnhauptwerkstätte in den Streik zu melden.

Im östlichen Teil des Eisenbahndirektionsbezirks **Halle** verkehren fast alle Züge.

In **Altenburg** häufen sich die Braunkohlenvorräte, da keine Abfuhr möglich ist. Die Besitzer von Lastautos würden aufgefordert, den Abtransport mit erledigen zu helfen. Weigerungen, dieser städtischen Anordnung nachzukommen, waren allgemein.

In **Passau** haben die Lokomotivführer gestreikt. Ein Teil von ihnen wurde sofort entlassen. Gegen einen anderen Teil ist bereits ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Der eingetretene Ausfall an Arbeitskräften ist durch Personalabordnungen aus Regensburg, Plattling usw. ausgeglichen worden. Störungen im Bahnverkehr sind nirgends eingetreten.

Die Eisenbahndirektion **Stettin** teilt u. a. mit, daß die Zahl der nicht zum Dienst erschienenen Beamten zugenommen hat. Einer kleinen Zahl von Streikenden ist das Dienstverhältnis gekündigt worden, gegen andere wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet.

Die „nichtkonvenierende" Wahrheit.

Alldeutsche gegen deutsches Ansehen im Auslande.

Ein typisches Beispiel dafür, wie die Alldeutschen, die angeblich den deutschen Namen im Auslande wieder zu Ehren bringen wollen, sich nicht genug in Besudelung des deutschen Ansehens leisten können, wenn es ihre parteitaktischen Interessen gebieten, bildet die „Tägliche Rundschau". Wir haben schon mehrfach festgestellt, wie dieses Blatt total verlogene Berichte aus Südamerika brachte, z. B. über die Vortragsreise des Republikaners Colin Roß. Am 9. September v. J. veröffentlichte die „Tägliche Rundschau" unter der Ueberschrift „Ein deutscher Skandal in Uebersee" einen Bericht aus Bogota, der Hauptstadt Kolumbiens. Dieser Bericht bezeichnete als „ein Kapitel deutscher Jämmerlichkeit", was man jetzt in südamerikanischen Blättern spanischer Sprache lesen könnte. Danach sollte am 9. September, dem kolumbianischen Nationalfesttage, der deutsche Gesandte in Bogota, Herr Rohland, die schwarzrotgoldene Flagge gehißt und sie dann gegen den Ansturm der angeblich empörten Ueberseedeutschen durch Herbeirufen der kolumbianischen Polizei geschützt haben. Hieran schlossen sich höhnische und gehässige Ausfälle gegen die Republik und ihre Flagge. Inzwischen ist nun der Bericht des deutschen Gesandten, Herrn Rohland, eingetroffen und enthüllt die Behauptungen der „Täglichen Rundschau" als tendenziöse Lügen. Wir geben kurz seinen Inhalt:

Was die Berichte in südamerikanischen Zeitungen anbelangt, so handelt es sich um ein einziges „Eingesandt" des deutschen Kaufmanns Burckhardt, der überall mit seiner Einsendung abgewiesen, sie mit Mühe und Not bei einer einzigen Schriftleitung (des „Tiempo") anbringen konnte, die aber in einer redaktionellen Vornotiz sich ausdrücklich selber zur gegenteiligen Auffassung bekannte.

Die Darstellung des Herrn Burckhardt ist in allen Teilen falsch. Seine Behauptung, daß eine Abteilung bewaffneter kolumbianischer Polizei herangerückt sei, bezeichnet der deutsche Gesandte als **bewußte Unwahrheit. Es hat niemand einen Polizisten auch nur zu sehen bekommen.**

Die „große Erregung" und „helle Empörung" über das Hissen der neuen Farben hat durchaus nicht bei allen Deutschen Bogotas, sondern nur bei einer ganz rechtsstehenden, nicht sehr zahlreichen, dafür aber um so intoleranten Gruppe bestanden. Die überwiegende Mehrzahl der Deutschen in Bogota steht jedem Versuch, die alten Farben durch wörtliche oder tätliche Exzesse wieder einzuführen, durchaus ablehnend entgegen.

Der Bericht der „Tägl. Rundschau" ist von der „Kreuz-Ztg." und dann von der ganzen nationalen Provinzpresse übernommen worden. Eine bereits durch WTB. verbreitete Berichtigung hat natürlich dieser gesamte Pressekonzern in treudeutscher Gerechtigkeitsliebe totgeschwiegen. Bezeichnend ist noch folgendes: Ein angesehenes Mitglied der deutschen Kolonie in Bogota hatte der „Tägl. Rundschau" **einen Protest gegen ihre unwahrhafte Darstellung** übersandt. **Die Aufnahme dieser Berichtigung wurde jedoch als „nicht konvenierend" abgelehnt.**

Es bleibt danach von der ganzen Geschichte nichts als die Tatsache, daß eine Gruppe Auslandsdeutscher in jeder Weise bemüht ist, im Verein mit der inländischen alldeutschen Presse das Ansehen der deutschen Republik im Auslande herunterzureißen. Alldeutsche Propagandatätigkeit zur Hebung des deutschen Ansehens!

•

Der Reichsminister des Innern hatte sich seinerzeit an die Bremer Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten mit der Aufforderung gewandt, Maßnahmen zur Durchführung des Flaggenwechsels vorzusehen. Der Senat hat darauf geantwortet, daß die bremische Schiffahrt allerdings den heißen Wunsch gehabt habe, daß von der Einführung der neuen Handelsflagge abgesehen werden möge. **Sie müsse aber nachdrücklichst gegen eine Auffassung Einspruch erheben, die ihr unterstelle, sie werde nunmehr den Boden des Gesetzes verlassen und in ungesetzlicher Weise Widerstand gegen die Verfassung leisten.** Diese Auffassung sei um so unbegründeter, als die Bestrebungen zur Beibehaltung der alten Flagge nicht parteipolitischen Erwägungen entsprungen seien.

In seinem Antwortschreiben an den Bremer Senat gibt der Reichsminister des Innern seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß ein ungesetzlicher Widerstand gegen die Verfassung seitens der Bremer Schiffahrt abgelehnt werde. In dem Schreiben wird aber vermerkt, daß nicht alle Kreise der Schiffahrt für sich in Anspruch nehmen können, „daß sie bei der grundsätzlichen Erörterung der Flaggenfrage lediglich die sachlichen Gesichtspunkte haben walten lassen. Vielmehr ist der Kampf gegen die schwarzrotgoldenen Farben gerade auch an der Küste vielfach **mit starken parteipolitisch n Angriffen** auf die neue Flagge verbunden gewesen, indem die verfassungsmäßig eingeführte deutsche Flagge **ohne Rücksicht auf die Ueberseefrage verhöhnt und beschimpft wurde.** Die eigene Achtung der Nationalflagge — auch wenn der einzelne persönlich eine andere Flagge lieber gesehen hätte — ist aber natürlich Voraussetzung für die Achtung im Auslande." — Sehr richtig! Nur gelten unseren Alldeutschen diese Rücksichten nicht, wenn ihre Parteiagitation dabei zu kurz kommt.

Der Petersdorfer Zwischenfall.

Der französische Botschafter erschien gestern beim Reichskanzler, um ihm mitzuteilen, daß die Petersdorfer Schießerei anscheinend auf eine militärisch ausgebildete Geheimorganisation zurückzuführen sei, deren Wurzeln bis nach Mittel- und Niederschlesien reichen, und bat um Mitwirkung der Reichsregierung bei den diesbezüglichen Nachforschungen und gerichtlichen Verfolgungen. Der Reichskanzler sagte die Mitwirkung der deutschen Behörden zu. Damit ist dieser Zwischenfall, der von der französischen Presse aufs übelste ausgenutzt wurde, erledigt.

Poincarés napoleonische Idee.

Der frühere amerikanische Botschafter in Berlin Gerard erklärte in einer Rede, die sich mit der europäischen Lage beschäftigte, er bedaure, daß Frankreich eine Taktik befolge, die er als „napoleonische Idee" kennzeichnete. Er glaube, daß Poincaré und seine Anhänger unrecht handelten, indem sie auf Deutschland wegen der Reparationen einen so starken Druck ausüben. Es sei völlig klar, daß Deutschland eine so schwere Last nicht tragen könne.

Der dienstunfähige Orgeschbäuptling. Nach einer Meldung der TU. ist der Obergeometer Kanzler in Rosenheim, der Gründer der berüchtigten „Orka" und stellvertretender Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehr, auf sein Ansuchen wegen nachgewiesener Dienstunfähigkeit auf zwei Jahre in den Ruhestand versetzt worden. — Auf zwei Jahre, das klingt seltsam. Zumal Herr Kanzler bisher neben der — wie wir doch annehmen müssen — sorgfältigen Erledigung seiner Dienstgeschäfte noch ungeheuer viel überschüssige Arbeitskraft zu monarchistischer Geheimbündelei usw. aufbringen konnte. Sollten die zwei Jahre dann dienen, daß sich Herr Kanzler nunmehr allem und unbehindert durch nebensächliche Dienstgeschäfte seinen „großen" Aufgaben widmen kann?

Georg Brandes.

Von Max Hochdorf.

Georg Brandes, der große, neugierige Betrachter des europäischen Geistes, feiert heute in Kopenhagen seinen achtzigsten Geburtstag. Die kritische Bibliothek, die sein Spürsinn und sein Scharfsinn zusammenschrieben, ist ein mächtiges Werk. Der fleißige, unabhängige und kluge Mann darf die Achtung von Tausenden genießen, die sich seiner aufklärenden Arbeit anvertrauten. Seine Anhänger wohnen in allen Erdteilen. Denn er verstand es stets, die Internationalität jener Köpfe, die er pries, für die ganze Welt zu beleuchten. In seiner skandinavischen Heimat empfand man häufig als kalt und sogar parteiisch, was er über die Literatur seiner Landsleute sagte. Ibsen und Strindberg, die Individualisten, die mit beißendem Zorn oder mit kochender Liebe dichteten, mochten sich nicht gern der vorsichtigen, medizinischen Seelenforschung dieses gemessenen, höchst behutsam messenden Kunstrichters ausliefern.

Schon als er vor einem halben Jahrhundert die Hauptstädte der Kultur besuchte und die Herrscher der Literatur in Berlin, in Paris und London studierte, bewegte er sich wie ein Diplomat. Er drängte sich mit der Emsigkeit, die sein zum Internationalismus zielender Hang forderte, in die geistigen Kreise des zentralen, des östlichen und westlichen Europa und verfaßte seine Berichte vom geistigen Dasein der zivilisierten Erde nicht anders als ein ruhiger, der Verblüffung niemals verfallender Gesandter. Von Sainte-Beuve hatte er gelernt, wie die künstlerische Persönlichkeit erfaßt werden muß. Man zergliedere Familie, Liebesmystik, Geheimleidenschaft, Blutsverwandtschaft, bibliographische Belastung, patriotische Träume, soziale Sehnsucht, auch wohl krankhafte Entartung des Genies oder Talentes. Taine hatte ihn ermuntert, diese Methode des Ergründens, die leicht der Kammerdienerei nachgibt, durch Ausblicke ins Allgemeine zu veredeln und Gesetze zu suchen, die vielleicht in allen Völkern die Schöpferkraft des Künstlers gleichmäßig regierten. So baute er stets einen gesunden Wirklichkeitsboden für die Erklärung der Persönlichkeiten an, die seine Feder skizzierte. So hütete er sich, zu tief in den Morast des rein Anekdotischen hineinzusinken.

Dabei galt seine erste Neigung dem romantischen Geiste Europas, der in Deutschland geboren wurde, und den Frankreich hernach mit einer Bereitwilligkeit aufnahm, deren psychologische Erkenntnis dem Geschichtsschreiber stets merkwürdig und ehrwürdig bleiben wird. Bald aber lebte er sich in die helle Vernunft des Stuart Mill hinein, der wirtschaftliche Dinge und die Freiheitsbestrebungen der bürgerlichen Frau als ein energischer, theologisch nicht verdorbener Alltagspolitiker bedachte. Ja, Georg Brandes huldigte einem die Arbeit und die Armut achtenden Demokratentum, das ihn trieb, die leidende Unermüdlichkeit Balzacs und die heitere Stiernackigkeit Gottfried Kellers gleicherweise zu bewundern. Er gefiel sich als Beschirmer jener Revolutionäre, die im zaristisch unterdrückten Rußland und Polen die Schönheit der Menschenwürde nicht aussterben ließen. Er befreundete sich mit Zola und den Erlösern des Hauptmanns Dreyfus. Und hat er über Theodor Mommsen auch Worte gesagt, die nicht mit Recht die Unsterblichkeit dieses Mannes etwas zerbröckelten, so war er eben manchmal etwas verblendet. Er nahte sich wohl mit Ergebenheit jedem Genie, es waltete aber in ihm jene Freude, die leicht den sehr vielseitigen, den sehr geschmeidigen und erfahrenen Seelendeuter verführt: Er war nicht selten glücklich, wenn er die Achillesferse irgendeines Großen entdeckte. Was Brandes über Lassalle schrieb, entstammt auch dieser Freude an der Entdeckung der Achillesferse. Was er über Friedrich Nietzsche sagte, entstammte nicht minder dem Willen des Mannes, der alles gesehen, gelesen, durchgedacht, ja sogar durchschaut hat. Er will beileibe nicht nur Schalheit und Ernüchterung in den Leser bringen. Er will aber als ein gelehrt siebender und mannigfaltig gesottener Diplomat seinen Leser davor bewahren, daß er sich in überflüssige Erhitzung und Schwärmerei verliere. Macaulay war der Biograph des Geistigen als leidenschaftlicher Heldenverehrer. Rüstet euch, ihr Heldenverehrer, an der göttlichen Flamme des Genies! Heute predigt am heftigsten Romain Rolland, der geistige Biographien schreibt, eine andere Heldenverehrung, indem er die von unbekannten Gottheiten kommende Genieflamme auslöscht und das kleine Feuer der moralischen Anstrengung so lange schürt, bis das Genie als ein Märtyrer dasteht. Man möchte den Gegensatz etwas burschikos so formulieren, daß Macaulay die inspirierten Genies liebte, Rolland dagegen nur die transpirierenden. Georg Brandes mildert alle diese Gedanken, die vielleicht nur Vorurteile sind. Er kleidete jedes Genie schließlich anmutvoll ein. Er stellte es mit der Diplomatie, die seine vorzüglichste Tugend ist, in eine europäische, bürgerlich behagliche Gesellschaft. Genies sind eher verehrungswürdige Frackträger als fanatische Fahnenträger. Und so preist er, da er ein alter Mann geworden ist, in seinem letzten harmonisch geformten Folianten und mit imponierender Milde den ersten, der ihm als Urvater dieses überall schön gegipfelten Europäertums erscheint: Goethe.

Charlottenburger Opernhaus: „Das Hofkonzert". Scheinpflugs erste Oper, die Musik zu Jlgenfteins „Kammermusik", hatte bei seiner gestrigen Uraufführung einen gesunden, guten und unbestrittenen Erfolg. Es ist zu erwarten, daß das reizende Werk über viele Bühnen geht, weil es den Hörer in guter Laune hält und keine musikalische Schwerarbeit vom Genießenden verlangt. Daher sei dieser Taufe, bei der Hertha Stolzenberg die lieblichste Gevatterin war, noch eine besondere Besprechung vorbehalten. K. S.

Kleines Schauspielhaus: „Der Ring", Komödie von Harry Kahn.*) Harry Kahn würde eine lustige Komödie schreiben, wenn er die Pointe etwas zaghafter aufgriffe. Er hastete aber nach jedem Witzlein auch dann schon, wenn es etwas ausgewässert ist. Fröhliche Szenen, die ihm einfallen, quetscht er so lange aus, bis nur noch etwas ziemlich Schales übrig bleibt. Trotzdem fallen ihm einige Situationen ein, die unterhaltender sind als der große Witz, der die ganze Komödie von dem Ring einfädelt. Dieser Ring ist natürlich ein Ehering. Er wurde vergessen bei einem Ehebruch, begangen mit dem Freunde des Gatten — und ein dritter Freund, ein Idealist, Schwärmer und Dichter — — — Man sieht, wo die Pointe liegt. Sie wird dadurch etwas verschoben, daß Frau Lissie mit dem schönsten Fuße beglückt ist, dessen schönsten Zeh der beglückte Liebhaber mit dem Ehering schmückt. Nun gilt der Ring für eine Zeitlang für verloren, und vieles Unheil wird angerichtet, bis — — —

Es ist keine rechte Ursache zum Lachen. Das Stück ist anfangs nicht ganz sauber. Die Komödie hat aber einen Aufstieg, der zustande kommt, weil die drei Freunde, ein Baron, ein Stinnes-Typ und ein Dichter mit blondem gesträubtem Haar sind. Die Ursache zur Gesellschaftssatire scheint darum gegeben. Die Satire stammt aber nur von einem niedlichen Feuilletonisten. Trotzdem ist alles an dem Stück alte Schule, übernommen von einem erfahrenen Beobachter der Kulisse. Frau Eckersberg, Herr Forster-Larrinaga, Herr Gebühr und Herr Kaiser-Titz steuern das Werklein mit vieler Routine durch manches Hübsche, aber auch durch manches Heikle und Hohle. M. H.

*) Die Buchausgabe erschien im Verlag Ernst Rowohlt, Berlin.

Zugunsten der Hungernden in Rußland spricht Prof. Einstein am Dienstag 7½ Uhr im Marmorsaal am Zoo über „Neue Ergebnisse über die Eigenschaften des Lichtes".

Alfred Veierle erzählt Montag, den 6. Februar, 8 Uhr, in der Buchhandlung Reuß u. Pollak, Kleinekestraße, Andrejews „Geschichte von den sieben Gehenkten".

Der Friedens-Nobelpreis. Der Nationalrat der norwegischen Frauen hat den Vorschlag gemacht, den diesjährigen Friedens-Nobelpreis dem Internationalen Rat der Frauen zu verleihen. Der Storthingpräsident Halvorsen befürwortet diesen Vorschlag.

Eine niederdeutsche Arbeitsgemeinschaft wurde auf einer Tagung der plattdeutschen Verbände in Neumünster für Schleswig-Holstein und benachbarte Gebiete gegründet. Sie hat den preußischen Kultusminister um die Errichtung einer niederdeutschen Professur an der Kieler Universität gebeten.

Das Prager Landestheater, das den Deutschen genommen war, soll nach Blättermeldungen an sie zurückgegeben werden.

Hungerhilfsmarken werden vom russischen Volkskommissariat für Postwesen ausgegeben. Ihr Ertrag ist zur Milderung der Not in den Hungergebieten bestimmt.

Ein altruistischer Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose beginnt am 10. Februar in Petersburg. Auch der Generalsekretär der internationalen Liga zum Kampf gegen die Tuberkulose, Professor Pannwitz-Berlin, wird daran teilnehmen.

Das Tolstoi-Museum in Moskau. Die Museumsabteilung des Volkskommissariats für Bildungswesen hat das Haus Leo Tolstois in Moskau der allgemeinen Besichtigung freigegeben. In diesem Hause hat Tolstoi in den Jahren 1882 bis 1901 jeden Winter verbracht und dort eine Reihe seiner bekanntesten Werke, darunter den Roman „Auferstehung", geschrieben.

Der neue Kürschner. Nach fünfjähriger Pause ist in der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Berlin, ein neuer Jahrgang, der 40., von Kürschners Deutschem Literatur-Kalender erschienen. Der neuen Ausgabe liegt ein neuer Plan zugrunde. Künftig soll der Kürschner in einen Gelehrten- und Literatur-Kalender im engeren Sinne geteilt werden. So werden die Wissenschaftler wie auch die Literaten vollzählig und mit allen wissenswerten Daten und Angaben verzeichnet werden können. Der diesjährige Kalender stellt den Uebergang dazu dar und berücksichtigt noch nach Möglichkeit beide Gruppen. Er enthält ungefähr 15 000 Namen.

Steuerkompromiß und politische Lage.

Groß-Berliner Funktionärversammlung.

In den Zentralfestsälen versammelten sich am Freitag die Berliner Funktionäre der SPD., um zum Steuerkompromiß und zur innerpolitischen Lage Stellung zu nehmen.

Gen. Eduard Bernstein als Hauptredner führte etwa aus: Ueber das Steuerkompromiß herrsche große Unzufriedenheit. (Sehr richtig!) Der Görlitzer Parteitag nahm eine Entschließung unseres Genossen Wilh. Keil an, in der ausgesprochen wurde, daß die Steuervorlagen der Regierung qualitativ und quantitativ völlig ungenügend seien. Jede Milliarde neuen Papiergeldes macht Millionen deutscher Volksgenossen ärmer, die Besitzer von Sachwerten bereichern sich dabei. Daraus entstand der Vorschlag, in die Sachwerte einzugreifen. Die Maßnahme hätte den Vorteil gehabt, daß das Reich am Ertrage der Industrie usw. beteiligt worden wäre.

Die heutige Steuerpolitik ist infolge der unstabilen Valuta eine Sisiphusarbeit. Die bürgerlichen Parteien waren durch keinerlei Gründe zu bewegen, dem Eingriff in die Sachwerte zuzustimmen. Es gibt heute

keine Steuer, die nicht abgewälzt werden könnte,

denn wir leben in einer Zeit, in der der Käufer die Waren sucht.

Redner ging dann auf die bekannten Kreditaktien der Industrie ein, die sich letzten Endes als ein großer Bluff herausgestellt haben. Bernstein kennzeichnete das Verhalten der bürgerlichen Parteien in den Steuerausschüssen. Bei der Vermögenssteuer haben es die Bürgerlichen durchgesetzt, daß die Tarife für die größeren Vermögen herabgesetzt wurden, während es dem Wirken der SPD. zu danken ist, daß die untere Vermögensgrenze heraufgesetzt wurde. Es ist auch ein Irrtum, daß das Reichsnotopfer fallen gelassen wurde. Dieses Gesetz ist vielmehr in veränderter Form in das Vermögenssteuergesetz hineingearbeitet worden. Die Besteuerung nach dem gemeinen Wert, die unbedingt notwendig geworden ist, da gerade der Großgrundbesitz seit Jahrhunderten zu niedrig besteuert worden ist, wurde von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Sie hoben dafür die Besteuerung nach dem Ertragswert durchgesetzt. In dem Steuerausschuß haben

die Unabhängigen harmonisch mit uns zusammengearbeitet. (Bravo!)

Dennoch sind beide sozialistische Fraktionen stets überstimmt worden. Die Kommunisten haben in den Ausschüssen geradezu kindliche Anträge gestellt. (Zwischenrufe: Wie immer!) Sie haben aber nach deren Ablehnung auch oft für unsere Anträge gestimmt.

An den Erträgnissen der deutschen Industrie sind Ausländer in hohem Maße beteiligt. Es mußte Wert darauf gelegt werden, diese deutschen Einkünfte der Ausländer ebenfalls steuerlich zu erfassen. Hier war es besonders Herr Helfferich (Heiterkeit), der sich dagegen wandte. Die Luxussteuer hat eine Milliarde eingebracht. Das Gesamtergebnis aus den Ausschußberatungen der Steuervorlagen war schließlich nach Berechnung der Regierung um 12 Milliarden geringer als die Entwürfe vorsahen. — Redner schilderte dann eingehend die Verhandlungen, die zum Kompromiß führten. Die SPD. hatte zunächst den demokratischen Antrag, die Volksparteiler heranzuziehen, abgelehnt, und fast bis zuletzt wurden die Verhandlungen ausschließlich mit den Koalitionsparteien geführt. In diesen Verhandlungen fielen die Verhandlungen Rathenaus hinein, der in London ganz andere Achtung genießt als Stinnes. Die Engländer achten jeden, der ehrlich für sein Land eintritt. Deswegen ist der Eindruck, den Stinnes in England nach dieser Richtung hin gemacht hat, kein günstiger gewesen. (Lebh. Hört, hört!)

In den letzten Tagen des Kompromisses, in denen die Fraktion in Permanenz tagte, forderten wir

ein sichtbares Opfer des Besitzes

in Form einer Goldanleihe von einer Milliarde.

Das war unser letztes Wort, und Müller erklärte, daß bei Ablehnung dieses letzten Vorschlages die Verhandlungen von uns abgebrochen würden. Darauf ersuchte Wirth, diese Erklärung der Sozialdemokratie wohl zu beachten, worauf der Vertreter Becker, der in den letzten drei Tagen hinzugezogenen Volkspartei erregt ausrief: „Dann muter man uns zu, durch das Joch zu gehen, das die Sozialdemokratie errichtet hat." — Daraufhin kam dann das sogenannte Kompromiß zustande. Breitscheid und auch Helfferich beantragten kein Mißtrauensvotum, nur die Kommunisten taten es. (Heiterkeit.)

Die Unabhängigen sind bereit, im Notfalle für die Republik zu sterben, aber sie sind es nicht, ihr die Mittel zum Leben zu bewilligen. (Zustimmung.)

Warum hetzt die Reaktion gegen Rathenau? (Zuruf: Weil er ein Jude ist!) Nein Genossen, er hat Deutschland genützt und darum ist er bei diesen Leuten schlecht angeschrieben. (Zustimmung.) Man verzeiht ihm nicht, daß er als Unternehmer Demokrat ist, und man kann annehmen, daß die Hetze gegen ihn von Stinnes ausgeht.

Wenn die Lage sich nicht ändert, muß man den Unabhängigen sagen, daß sie einen großen Teil Schuld an der jetzigen Lage tragen. Sie überlassen uns im allgemeinen die Arbeit, und wenn wir gekämpft und etwas zustande gebracht haben, dann reißen sie solche Kompromisse herunter. Schon vor 20 Jahren habe ich geschrieben: „Die Demokratie ist die Hochburg des Kompromisses."

Man muß den Mut haben, für das, was man getan hat, die Verantwortung zu übernehmen. (Bravo!) Die Arbeiterschaft begreift in steigendem Maße, daß die SPD. die Partei der Republik ist. So haben wir auch eine Reichstagsauflösung nicht zu fürchten, wenn wir sie auch nicht wünschen. Die Hauptsache ist, daß keine Fehler von uns gemacht werden. (Zwischenrufe: Eisenbahner!)

Bezüglich des Eisenbahnerstreiks erntete der Redner allgemeine Zustimmung, als er erklärte, daß die Reichsgewerkschaft den Eisenbahnerstreik entgegen allen gewerkschaftlichen Regeln inszeniert hat. Die Regierung hat in diesem Falle grundsätzlich recht. (Zustimmung und Widerspruch.) Entscheidet euch so, daß ihr das Vorgehen der Reichsgewerkschaft als unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Arbeiterbewegung anerkennt. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion erklärt **Schaumberg** vom Gemeindearbeiterverband, daß die gesamte Arbeiterschaft den Streik grundsätzlich mißbilligt, nahm aber dann scharf gegen die Regierungserlasse zum Streik Stellung.

Kemple spricht unter großer Unruhe gegen das Steuerkompromiß und schlägt eine entsprechende Resolution vor.

Imhof weist auf die Stimmung der Arbeiter in den Betrieben hin, die durch die Verordnung der Regierung entstanden sei.

Heinig: Bei dem Steuerkompromiß handelt es sich um die Frage, ob wir die Goldmilliarde bald bekommen. Man könne sich nicht verhehlen, daß die Rechtsparteien sich mitunter geschickter gezeigt haben, die Besitzsteuern zu durchlöchern, als unsere Genossen, dies zu verhindern. Wir wünschen, daß das bei der Durchberatung des Steuerkompromisses anders wird.

Nach **Lilke, Meyer** und **Holkamp** machte **Brolat** Mitteilung über den Schiedsspruch für die Gemeindearbeiter.

Genosse **Richter:** Es kann nicht meine Aufgabe sein, mich hier über dienstliche Handlungen zu verantworten. Jeder, der mich kennt, wird wissen, wie schwer es mir war, eine solche Verordnung zu erlassen. Der Streik der Reichsgewerkschaft ist von keiner Seite gebilligt worden. Die Frage, wie der Streik zu behandeln ist, ist nicht meine Sache, sondern die der Regierung. Nun kann man sagen, daß der Erlaß falsch war. Heute waren bei mir die Vertreter der Berliner Gewerkschaften und der Afa und haben mir erklärt, daß sie den Streik verurteilen. Die Erregung der Arbeiter komme nur daher, weil sie fürchten, daß diese Bestimmungen auf sie angewandt werden könnten. Die Gewerkschaftskommission fürchtet das von mir nicht. Wir sind, wie immer, friedlich auseinandergegangen.

Es ist notwendig, daß Beamte, die gegen die Zufälligkeiten des Lebens geschützt sind, die der Staat nicht aussperren kann, für dieses Maß an Rechten auch Pflichten auf sich nehmen. Die Frage des Beamtenstreikrechts muß so geklärt werden, daß solche Dinge sich in Zukunft nicht wieder ereignen. (Zustimmung.) Werten wir ab, bis die Bewegung beendet ist, dann werden wir die Lehren daraus ziehen. Die Staatsautorität darf nicht unter die Räder kommen, sonst kommt die Verfassung unter die Räder und dann die Republik. (Beifall.)

Nach einem Schlußwort des Genossen **Bernstein** wurden mit großer Mehrheit zwei Resolutionen abgelehnt, die sich gegen das Steuerkompromiß richteten.

Die Schlichtungsordnung vor dem Reichsrat

Im Reichsrat, der am Donnerstag abend unter dem Vorsitz des Ministers des Innern, Dr. Köster, eine öffentliche Sitzung abhielt, wurde ein Gesetzentwurf angenommen, der die Bezüge aus der Unfallfürsorge für Gefangene um das Zehnfache erhöht. Ueber den Entwurf einer Schlichtungsordnung berichtete Ministerialdirektor Dr. Frick: Der Regierungsentwurf beruht auf folgenden Grundsätzen: An der Spitze steht der Grundsatz der Selbstverwaltung.

Vorgesehen sind Schlichtungsstellen, Landesschlichtungsämter und Reichsschlichtungsämter. Dem neuen Verfahren sollen unterworfen werden nur Gesamtstreitigkeiten, die zwischen einer Gesamtheit der Arbeitnehmer und einem oder mehreren Unternehmen entstehen. Aussperrungen oder Arbeitseinstellungen müssen in geheimer Abstimmung mit mindestens zwei Drittel Mehrheit beschlossen werden. Ein Gewerbeaufsichtsbeamter soll zur Kontrolle der Abstimmung zugezogen werden. Drei Tage sollen mindestens zwischen der Zustellung eines Schiedsspruchs und dem Beginn eines Kampfes liegen. **Vollstreckung** der Schiedssprüche statt. Die Vorlage wurde gegen die Stimme Sachsens angenommen.

Die gemeinnützigen Betriebe,

wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, nehmen eine Ausnahmestellung insoweit ein, als hier die Schlichtungsbehörden auch von Amts wegen tätig sein können.

Die Verbindlichkeit eines Schiedsspruches für diese Betriebe kann auf Antrag der Obersten Landesbehörde oder des Reichsministers des Innern ausgesprochen werden und nicht nur auf Antrag der Beteiligten. Als Rechtsmittel ist lediglich Einspruch vorgesehen wegen Mängel beim Verfahren oder wegen Gesetzesverletzung. **Ein Strafverfahren** für Aussperrungen und Arbeitseinstellungen, die gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes vorgenommen werden, ist **nicht vorgesehen**, auch findet **keine Zwangsvollstreckung** der Schiedssprüche statt. Die Vorlage wurde gegen die Stimme Sachsens angenommen.

Der Gesetzentwurf zur

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten,

dessen erster Entwurf bereits seit anderthalb Jahren ausgearbeitet worden ist, wurde nunmehr in der veränderten Gestalt, die er inzwischen durch Anhörung neuer Sachverständiger gewonnen hat, vom Reichsrat angenommen. Der Entwurf enthält den ärztlichen Behandlungszwang unter Ausschluß der Behandlung durch nicht approbierte Personen, ein Verbot der Anpreisung von Heilmitteln in Zeitungen, den Meldezwang, unter Umständen den Krankenhauszwang. Er stellt auch den Beischlaf unter Strafe, wenn Ansteckungsgefahr wissentlich vorhanden ist. Das Plenum des Reichsrats stimmte dem Entwurf zu gegen die Stimme Bayerns.

Weiter wurde der Etat des Reichsverkehrsministeriums (Verwaltung der Reichseisenbahnen) mit nur geringen Aenderungen gegenüber der Regierungsvorlage angenommen.

Neugliederung der Länder.

Der Reichsrat nahm schließlich noch den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung (Neugliederung der Länder) nach den Beschlüssen seiner Ausschüsse mit großer Mehrheit an. Das Gesetz führt für die Bekundung des Volkswillens drei Abschnitte des Verfahrens ein. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß auch sie selbst in der Lage sein muß, eine Abstimmung herbeizuführen. Seitens der Ausschüsse ist das jedoch abgelehnt worden. Das Plenum des Reichsrats trat sämtlichen Beschlüssen seiner Ausschüsse bei. Die Reichsregierung behielt sich vor, ihre abweichende Meinung dem Reichstag gegenüber zur Geltung zu bringen.

Haenisch für Hochschulreform.

Im Hauptausschuß des Landtags trat Abg. Haenisch (Soz.) für eine Hochschulreform ein. Er forderte unter anderem neue Professuren für Volkswirtschaft und Staatswissenschaften. Das Beamtentum sei meist nur formal juristisch, nicht volkswirtschaftlich geschult. Es fehle auch an Staatsrechtslehrern, die auf dem Boden des gegenwärtigen Staates stehen. Für den Arbeiterunterricht an den Hochschulen müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Stellung der Privatdozenten sei nach einer etwa dreijährigen Bewährungsfrist zu sichern. Geändert müsse die Stellung der Kuratoren werden. Der Universitätsrichter sei abzuschaffen. Es empfehle sich eine soziale Staffelung des allgemeinen Studiengeldes an Stelle des bisherigen Kolleggeldes. Staatssekretär Becker äußert sich über die Grundlinien der neuen Universitätsverfassung, die demnächst als Ministerialverfügung herauskommen werden. In die engere Fakultät und in den Senat seien Vertreter der Extraordinarien und Privatdozenten aufgenommen. Der große Senat oder das Generalkonzil werde auch an kleineren Universitäten eingerichtet; er werde auch die Wahl des Rektors vorzunehmen haben. Zum Dekan könne nur ein ordentlicher Professor gewählt werden. Zwischen den Fakultäten würden Arbeitsgemeinschaften geschaffen. Ebenso sollen die Studenten mit den Fakultäten zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen werden. Eine Vertretung der Studenten im Senat sei von Studenten und Fakultäten abgelehnt worden. Der Kurator soll hauptamtlich werden. Der Name Universitätsrichter sei unglücklich; die Einrichtung selbst sei angesichts der vielen Disziplinarfälle notwendig. Die Lektoren seien Hilfskräfte, deren Bezüge stark erhöht werden. Vorlesungen über die Antialkoholfrage sollen gehalten werden. Er sei nicht Gegner der Berufsberatung, wohl aber Gegner einer Ueberwertung pinchotechnischer Verfahrungsweisen. Im Verlaufe der Debatte bemerkte Abg. Heilmann (Soz.), er habe von Idealismus nicht viel bei den Studenten gefunden. Zu einem durch das Ministerium herbeizuführenden Wandel an den preußischen Universitäten, aus denen die wenigen aufrechten Demokraten wie Schücking flüchteten, habe er kein rechtes Vertrauen. Der Redner tritt für die Studenten aus dem Osten ein. Wenn die Nationen sich gegenseitig fördern, so fördern sie damit die Weltwissenschaft und Weltwirtschaft. Staatssekretär Becker erklärt, dem Prof. Schücking sei von der Unterrichtsverwaltung großzügig entgegengekommen.

Gewerkschaftsbewegung

Betriebsrätewahlen.

Um die Wahlen für die gesamten Körperschaften der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale — Vollzugsrat — Zentralrat — Generalversamlung und Gruppenräte — gleichmäßig und einheitlich durchführen zu können, fordern wir die gesamten Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin auf, soweit ihre einjährige Wahlperiode jetzt abläuft, die Neuwahlen so vorzunehmen, daß sie spätestens bis Ende März erfolgt sind. Alle Informationen hierüber können in der Betriebsrätezentrale, Berlin SO. 16, Engelufer 24/25, 2. Hof, 1. Stock (Telephon: Moritzplatz 3733, 2297, 4907), eingeholt werden. Ebenfalls steht in der Zentrale Material über Wahlrecht und Wahlverfahren unentgeltlich zur Verfügung.

Arbeiter! Angestellte! Wir gehen außerordentlich schweren, politischen, wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen und arbeitsrechtlichen Kämpfen entgegen. Ein wesentlicher Teil dieser Kämpfe wird sich in den einzelnen Betrieben zwischen den Betriebsvertretungen der Arbeiter und Angestellten gegenüber den Werksleitungen abspielen. Darum erachten wir es für unbedingt notwendig, bei den kommenden Betriebsrätewahlen alles aufzubieten, um den freigewerkschaftlichen Listen zum Siege zu verhelfen. Um dies zu ermöglichen, fordern wir dringend von allen unseren Gewerkschaftskollegen Zurückstellung des parteipolitischen Haders und eine Auswahl der Betriebsräte nach Eignung und gewerkschaftlicher Erfahrung.

Diejenigen Betriebe, die aus irgendwelchen Gründen es unterlassen, eine Betriebsvertretung zu wählen, begeben sich nicht nur aller arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen, die aus dem BRG. entspringen, sondern sie schädigen durch ihre Lauheit auch die allgemeinen Interessen der organisierten Arbeitnehmerschaft.

Wir fordern weiter auf, mit aller Energie dahin zu wirken, daß gemeinsame Listen der Arbeiter und Angestellten aufgestellt werden.

Und nun an die Arbeit! Schafft Aufklärung!
Rüttelt die Säumigen auf!

Wählt nur die Fähigsten zu den gesetzlichen Betriebsvertretungen!

Der Vollzugsrat der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Neuwahlen im Bauarbeiterverband.

Vom Bauarbeiterverband (Bezirksverein Berlin) wird uns geschrieben:

In der Morgenausgabe der „Roten Fahne" vom 1. Februar d. J. wird der Lügenfeldzug gegen die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Bauarbeiterverbandes fortgesetzt. Man kann den Raum der Arbeiterpresse nicht dazu benützen, um den fortgesetzten Treibereien jener Leute durch Erwiderungen zu begegnen; das wird im Mitteilungsblatt des Bauarbeiterverbandes erfolgen. Um aber allen falschen Gerüchten über die Nichtbestätigung der neugewählten Generalversammlungsdelegierten entgegenzutreten, sei hier festgestellt: Unterm 22. Dezember machten wir durch Rundschreiben bekannt, daß in der zweiten Januarhälfte laut unserem Ortsstatut die Wahlen sämtlicher Funktionäre zu erfolgen haben. Einige Bezirke haben bereits die Neuwahl vollzogen, andere dagegen nicht. Auch sind Fälle zu verzeichnen, wo die Versammlungen der vorgerückten Zeit wegen vertagt werden mußten. Weiter ist uns zur Kenntnis gekommen, daß in einer Anzahl von Bezirken die Funktionärwahlen nach vorheriger Vorbereitung mit rein kommunistischen Tendenzen zustande gekommen sind, wozu bereits Wahlproteste vorliegen.

In allen solchen Fällen wird die Wahl — die Begründung der Wahlproteste vorausgesetzt — für ungültig erklärt werden müssen. Der Vereinsvorstand hat daher beschlossen, daß auf Grund der vorliegenden Wahlproteste die bisherigen Generalversammlungsdelegierten im Amte bleiben bis die Generalversammlung zu den Dingen Stellung genommen hat. Das bedingt, daß die bisherige Generalversammlung die einzelnen Fälle prüft und die Entscheidung trifft. Die ordnungsmäßig neugewählten Delegierten sind registriert. Die neue Generalversammlung tritt indes erst zusammen, nachdem die Neuwahlen in sämtlichen Bezirken gemäß den Bestimmungen der Vereinssatzung für den Bezirksverein Berlin ordnungsmäßig vorgenommen worden sind.

Drohender Streik in der Donauschiffahrt.

Auf der Donau bestehen ernste Differenzen. Vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer sind den Arbeitgebern der Donaureedereien Forderungen übermittelt, welche zum Ziel haben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Donauschiffer einigermaßen den Verhältnissen der anderen Binnenströme anzupassen. Die besonderen eigenartigen internationalen Verhältnisse gestalten eine Lösung schwierig und darauf glauben die Reedereien sich stützen zu können. Gegenwärtig tagen an allen Stationen der Donau Versammlungen, um zu der offensichtlichen Verschleppung der Angelegenheit durch die Arbeitgeber Stellung zu nehmen.

Für die deutsche Strecke der Donau steht die Aufnahme des Kampfes unmittelbar bevor, was zur Folge haben kann, daß der Streik auf alle Betriebe übergreift.

Maurer und Bauarbeiter!

Montag abend 6½ Uhr Mitgliederversammlung im Bezirk Norden II, Schulaula, Demminer Str. 27. Alle Kollegen, die sich nicht den Parolen von Moskau beugen wollen, müssen unbedingt erscheinen.

Die Handelsarbeiter in der Putzbranche hielten am 2. Februar eine Versammlung ab, in der Schacht über die bisher ergebnislosen Lohnverhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden berichtete. Die Unternehmer wollten im Höchstfalle den Verheirateten mit Kindern 410 M. pro Woche zahlen. Die Forderung einer 80prozentigen Lohnerhöhung wurde von den Arbeitgebern strikt abgelehnt. Am 1. Februar fällte der Schlichtungsausschuß der Bekleidungsindustrie einen Schiedsspruch, welcher den Arbeitnehmern 25 Proz. Lohnerhöhung bis zum 15. März 1922 zuspricht. Die Versammlung, welche gegen eine starke Minderheit aus Zweckmäßigkeitsgründen den Sätzen des Schiedsspruches zustimmte, beantragte in einer Resolution, daß die Arbeitgeber bis zum Montag, den 6. Februar, die Anerkennung des Schiedsspruches der Organisationsleitung übermitteln müssen, sie geht auf keine weitere Verschleppung ein und wird im Ablehnungsfalle in einer am Montag, den 6. Februar, abends 6 Uhr, stattfindenden Versammlung im Gewerkschaftshaus, Aufgang B parterre, weitere Maßnahmen beschließen.

Die Schallplattenarbeiter nahmen am Donnerstag Stellung zu dem Verhandlungsergebnis mit den Arbeitgebern. Nach längerer und sachlicher Diskussion wurden die Zugeständnisse als völlig ungenügend einstimmig abgelehnt und die Verhandlungsleitung beauftragt, sofortige nochmalige Verhandlungen mit den Arbeitgebern nachzusuchen. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen soll es abhängen, welche weiteren Schritte evtl. zu unternehmen sind.

Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution gegen die Maßnahmen der Reichsregierung im Eisenbahnerstreik angenommen.

Die Verhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, die unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums in Halle über den Manteltarif geführt wurden, sind nach zweitägiger Dauer als **gescheitert** zu betrachten. Der Schiedsspruch sieht eine **Verlängerung der Arbeitszeit** für die Handwerker vor, außerdem eine **Lohnkürzung** für die jugendlichen Arbeiter. Die wichtige Frage des Ausschlusses der Unorganisierten vom Bezuge der Soziallöhne und der Urlaubsbezahlung sollte der zentralen Regelung vorbehalten bleiben. Die Arbeitnehmervertreter haben **nicht zugestimmt**, daher kann es, wenn es nicht im letzten Augenblick zu einer Verständigung kommt, zu schweren wirtschaftlichen Erschütterungen kommen. — Die anschließenden Lohnverhandlungen wurden ebenfalls abgebrochen.

ADGB. Hennigsdorf. Informationslokal Puttbuser Straße 24 bei Gillwelt. Tägliche Information von 11 Uhr ab. Heute 10 Uhr Kemmler-Hof, Puttbuser Straße, Ecke Rammlerstraße, Funktionärkonferenz.

SPD.-Holzarbeiter. Sonntag vorm. 10 Uhr in den Wintergärten, Kaiser-Wilhelm-Straße 31: Versammlung für alle auf dem Boden der SPD. stehenden Holzarbeiter. „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und der Friedensvertrag." Referent: Genosse Alexander Knoll vom ADGB. Es ist Pflicht aller Anhänger der SPD., in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Bei eventueller Verkehrsstörung findet die Versammlung nicht statt.

Bezirksverband der SPD.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 2. Verwaltungsbezirk. Montag abend 7 Uhr bei Liedemann, Waldenserstr. 11, Mitgliederversammlung aller im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Kolleginnen und Kollegen.

Wichtige Tagesordnung! Erscheinen aller ist Pflicht! Die Bezirksleitung.

Deutscher Transportarbeiterverband, Distrikt Köpenick und Umgegend. Sonnabend 7½ Uhr Versammlung bei Stippekohl, Schönerlinder Str. 5. Jahresbericht und Neuwahl der Distriktsleitung. — Branche Technisches Bühnenpersonal. Sonntag 9 Uhr im Foyer des Großen Schauspielhauses, Eingang Schiffbauerdamm. Mitgliederversammlung. Berichterstattung von den Tarifverhandlungen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Treffpunkt zur Beisetzung der Asche der Genossin Zietz Sonntag 11 Uhr am Moltenmarkt.

Wetterbericht bis Sonntag mittag. Anfangs noch überwiegend trübe mit leichten Schneefällen und mäßigem Frost. Später im Südwesten zeitweise aufklarend und langsame Erwärmung.

Arbeitersport.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Touren für Sonntag, den 5. Februar. 1. Abt.: Bau- und Verkehrsmuseum. Treffpunkt 12 Uhr Invalidenstraße 50. 3. Abt.: Spandau (Tivoli). Start 1 Uhr Lausitzer Platz. 5. Abt.: Friedrichshagen (Schlittschuh). Start 12 Uhr Arnswalder Platz. 6. Abt.: Besichtigung der Konsumgenossenschaft, Rittergutstraße. Start 9 Uhr Kopenhagener Straße 26. 7. Abt.: Schönwalde (Klöpfer). Start 2 Uhr Kolonistenstraße 147. 8. Abt.: Arbeiter-Wohlfahrtsausstellung. Treffpunkt 1 Uhr Frauenhoferstraße. 4. Februar: Maskenball Stadttheater Alt-Moabit. 9. Abt.: Schönwalde (Klöpfer). Start 2 Uhr Mittelstraße 114. 10. Abt.: Streifzüge durch den Osten. Start 1 Uhr Comeniusplatz. 11. Abt.: Pichelswerder (Freund). Start 1 Uhr Utrechter Straße 9.

Fußballspiele der Märkischen Spiel-Vereinigung (Arbeiter-Turner-Bund) am 5. Februar (Anfang 2½ Uhr): Fichte-Gesundbrunnen—Oberspree (Reinickendorf, Thurer Straße); Luckenwalde 1—Sparta (Luckenwalde, Berkenbrücker Straße); Bankow 06—Teutonia 10 (Bankow, Pichelswerder Straße); Stralau—Rüstig-Vorwärts (Stralau, Gollerstr. 36; Adler 13—7. S. Bankow (Christiania-Ecke Gerstraße); Merkur 06—T. B. C. (Geßner, Am Kanal); Adler 08—Schöneberg (Bankow, Andreas-Hofer-Platz); Weißensee—Lichtenberg II (Weißensee, Kennbahn); Viktoria—Frohsinn (Tempelhof, Am Kanal); Minerva—Brandenburg 02 (Berlingwalde, Conradstraße); Adlershof—Nordstern (Adlershof, Bismarckstraße); Frisch-Frei—Borussia (Niederschöneweide, Berliner Straße, Gaßenstall); Luckenwalde II—Teutonia 09 (Luckenwalde, Berkenbrücker Straße); Britannia—Spandau (Lichtenberg, Wagnerstraße); Lichtenberg 1—Fichte-Südost (Lichtenberg, Hirschberger Straße); Kickers—R. B. C. (Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße); Velten-Fichte-Süd (Velten, Böhmstraße); Mahlsdorf—Alt-Glienicke (in Mahlsdorf); Niederlehme—Gr. Köris (Niederlehme, Dorfplatz); Motzen—Fichte-Ost (Alt-Glienicke, Kubawer Straße); Nt.-Wusterhausen—Concordia (in Wusterhausen); Fichtenau—Ketschendorf (Fichtenau, Gutenbergstraße); Kaulsdorf—Friedersdorf (Kaulsdorf, Frankfurter Straße); Münchehofe—Eggersdorf (Münchehofe, Hauptstraße); Teltow—Luckenwalde 3 (Teltow, Augustastraße); Trebbin-Brandenburg (Trebbin, Beim neuen Schützenhaus); Zehlendorf-Lankwitz (Zehlendorf, Mittelstraße); Arminia—Rathenow (Berlingwalde, Miraustraße); Falkenhagen—Siemensstadt (Falkenhagen-West, Segefeld 10); Fußballring—Wustermark (Moabit, Sickingenstraße); Reinickendorf—Hertha 12 (Reinickendorf-West, Auguste-Viktoria-Allee); Hansa—Altona (Hohenneuendorf, Augustastraße); Hennigsdorf—Nord (Hennigsdorf, Am Bahnhof); Viktoria—Eisenspalterei (in Eberswalde); Eintracht—Vernau (in Oranienburg). — Vorher finden die Spiele der 2. Mannschaften statt.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Jugendgruppe Abteilung Wedding. Sonntag, den 5. Februar, Wanderung: Königswusterhausen—Friedersdorfer Forst—Erkner. Treffpunkt 7 Uhr Görlitzer Bahnhof oder 7.33 Uhr Niederschöneweide.

Hockeyspiele der Märkischen Spiel-Vereinigung. Auf den Plätzen Schönhauser Allee: Fichte 1 II—Fichte 3: 1—2½ Uhr (Lippert—Vogel); Fichte 1 I—Lichtenberg II: 2½—4 Uhr (Rüdiger—Quoß). — Sportplatz Wilmersdorf, Württembergische Straße: Moabit II—Schöneberg II: 1—2½ Uhr (Hermecke); Moabit I—Charlottenburg I: 2½—4 Uhr (Schröder—Jahn). — Städtischer Sportplatz Westend: Charlottenburg II—Fichte-Ost I: 10½—12 Uhr (Dutz—Brust). — Gemeinde-Sportplatz Staaken: Staaken—Roland I: 2½—4 Uhr (Gesellschaftsspiel).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Humanitische Gemeinde Berlin E. V. Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 5 Uhr, Friedr.-Gerd. Oberrealschule, Niedermallstraße 13, Dr. Rudolf Penzig über das Thema: „Wir und die anderen." Gäste willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr im Marbach, Königstraße, Vortrag des Herrn Dr. M. Brie: „Goethe als Pädagoge." Harmonium: „Erlkönig" (Schubert). Tappe-Allee 15, vorm. 11 Uhr, Vortrag der Frau M. Krischer: „Der Totemismus als Kernproblem der ersten religiösen Entwicklung." — Gäste willkommen.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Künne, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

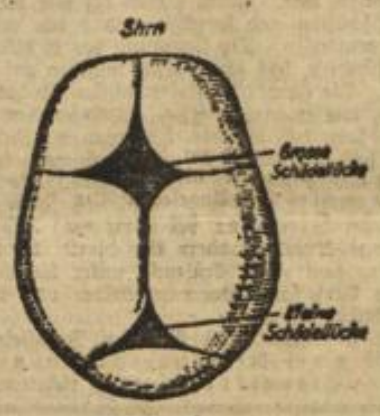
Weinbrand, Liköre
Landauer & Mackoll
Heilbronn a. N. Gegr. 1861
Vertreter: Karl Karr, Potsdam, Bismarckstr. 3 Fernsprecher: Amt Potsdam Nr. 366 u. Wilhelm Wetzel, Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburgische Straße 20, Fernsprecher: Amt Pfalzburg Nr. 3100.

Was geschieht zur systematischen Bekämpfung der Rachitis?

Eine neue Errungenschaft deutscher medizinischer Forschung: Rachitis (englische Krankheit) ist jetzt sicher heilbar! Rachitis ist eine derart verbreitete Krankheit daß — was häufig unbekannt — fast jedes Kind in Mitteleuropa im ersten Lebensjahre eine rachitische Erkrankung durchmacht. Rachitis **bedroht alle Kinder vom 1. bis 6. Lebensjahre, gleichviel ob arm, ob reich, gut oder schlecht ernährt, auf dem Lande wie in der Stadt.** Die Wirkung der bisherigen Behandlungsmethoden war meist langwierig und konnte daher oft eine Verkrüppelung nicht mehr verhüten. Im Grunde hatte die Forschung des Jahrzehnts keinen praktischen Fortschritt gebracht. Erst 1919 gelang es in Professor **Biesalskis** Oskar-Helene-Heim für Heilung gebrechlicher Kinder zu Berlin-Dahlem dem Assistenten der Anstalt, Dr. K. **Huldschinsky**, den Nachweis zu erbringen, daß die rationelle Anwendung der neuen, sogenannten Ultraviolett-Therapie, d. h. Bestrahlung mit „Künstlicher Höhensonne — Original Hanau —", als ein neues sicheres Heilmittel gegen die Rachitis anzusehen ist, das in jedem Falle die Krankheit in kürzester Zeit zum Stillstand und zur Abheilung bringt. Die aufsehenerregenden, vielen Aerzten noch unbekannten medizinischen Untersuchungen von Dr. **Huldschinsky** sollten von allen Angehörigen bezogen und dem behandelnden Arzt vorgelegt werden. (Preis M. 2,50, siehe unten)

Ausblicke der neuen Entdeckung: Da es möglich ist, im Monat 192 Kinder und im Jahre weit über 1000 Rachitiker mit einem einzigen Apparat zu heilen und jeder nur einen Monat hindurch vorbeugend bestrahlte Säugling vor späterer rachitischer Erkrankung geschützt ist, so sollten alle Eltern, Stadtverordnete, Volksfreunde, Betriebsräte darauf dringen, daß alle Kinder im ersten Lebensjahre systematisch einer Bestrahlungskur zugeführt werden. Jede Fabrik, jede Gemeinde, jede Krankenkasse kann die relativ geringen Kosten für Einrichtung eines ärztlich geleiteten Bestrahlungsinstituts ohne Schwierigkeit aufbringen.

Verlangen Sie zur Begründung von Anträgen das „Rachitis-Merkblatt für Mütter und Pflegerinnen" kostenlos!



Die normalen (also nicht rachitischen) Schädellücken des Säuglings von oben gesehen.

Die große, viereckige liegt über der Stirn, die kleine dreieckige am Hinterkopf. Bei beginnender Rachitis kann man nun zu beiden Seiten und hinter der dreieckigen Schädellücke eine ungewöhnliche Weichheit des Schädelknochens finden. Jede Mutter und Pflegerin soll von Zeit zu Zeit danach suchen. Die Stellen fühlen sich an wie ein Zelluloidball oder ein Gummiball, je nach der Schwere der Erkrankung.

Eine Unterlassungssünde würde vorliegen, wenn Dr. Huldschinskys Forderung unbeachtet bleibt: **„Die Schutzbestrahlung gegen Rachitis sollte so allgemein eingeführt werden wie die Schutzimpfung gegen die Pocken. Jedes Kind, gleich ob bereits Zeichen von Rachitis an ihm wahrnehmbar sind oder nicht, sollte in seinem ersten Lebensjahr wenigstens einen Monat lang einer Bestrahlungskur unterworfen werden. Geschieht das, so haben wir jetzt Aussicht, die Rachitis als Volksseuche überhaupt verschwinden zu sehen. Rachitis darf jetzt in einem geordneten Gemeinwesen überhaupt nicht mehr vorkommen."**

„Künstliche Höhensonne — Original Hanau" — sind für Aerzte oder Kliniken bestimmte Apparate zur Erzeugung unsichtbarer ultravioletter Strahlen, des Hauptheilfaktors der Hochgebirgskuren. Ein Verkauf an Private findet nicht statt. Selbstbehandlung ohne ärztliche Vorschrift ist gefährlich und ausgeschlossen. Ueber 18000 Aerzte, Universitätskliniken und -institute behandeln seit Jahren mit Künstlicher Höhensonne — Original Hanau. Die Bestrahlung beschleunigt und verstärkt die Wirkung vieler Medikamente und anderer Behandlungsmethoden; sie bringt Heilung auf überaus zahlreichen Krankheitsgebieten — **fragen Sie Ihren Arzt** —, namentlich auch bei Skrofulose, Knochentuberkulose und Tuberkuloseverdacht. — Eine gemeinverständliche Darstellung der Wirkung und Anwendungsgebiete liefern nachstehende Buchwerke: Die Ultraviolett-Therapie der Rachitis. Von Dr. med. Huldschinsky, geb. M. 2,50. — „Sonne als Heilmittel." Von Dr. med. F. Thedering, geb. M. 6,60. — „Skrofulose, ihre Ursachen, Bedeutung und Heilung." Von Dr. med. F. Thedering, geb. M. 2,10 — „Die Bedeutung der verschiedenartigen Strahlen für die Diagnose und Behandlung der Tuberkulose." Von Dr. R. Gassul vom Berliner Universitätsinstitut für Krebsforschung. (Mit dem Robert-Koch-Preis für Tuberkulose-Forschung gekrönte Monographie) geh. M. 15,00. — „Licht heilt! Licht schützt vor Krankheit." Von San.-Rat Dr. Breiger, geh. M. 3,00. — „Wie heilt Tuberkulose?" Von San.-Rat Dr. Breiger, geh. M. 1,50. — „Gebt den Kindern Sonne", ein Mahnwort an Mütter von Oberarzt Dr. Klare, geh. M. 1,50. — „Die Lichtbehandlung des Haarausfalles." Von Dr. F. Nagelschmidt, geh. M. 13,20. — „Der Feind nach dem Kriege! Unsere größte Gefahr, die Tuberkulose." Von Hippolyt Meles, geh. M. 2,00. Versand nur gegen Nachnahme.

Sollux Verlag, Hanau, Postfach 577.

Vorführung der Apparate in den Niederlassungen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG).

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten teile ich hierdurch mit, daß am Mittwoch 1. Februar, nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Großvater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Postbriefschaffner

Friedrich Störker

sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Margarete Störker
als Enkelin
Dresdener Str. 188.
Berlin, 1. Februar.

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, 4. Februar, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Simon-Lukas-Friedhofes, Tempelhofer Weg, aus statt.

Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!

Vorwärtsstrebende und **Erfinder** Gute Verdienstmöglichkeit. Aufklärung u. Anregung gebende Broschüre: Ein neuer Geist! Ind. grat J. Erdmann & Co., Bln. Königgrätzer Str. 71

Tauben-Zentrale Neukölln, Karlsbadstr. 7. An- u. Verkauf von Flugtauben, Futtermittel usw.

Möbel noch zu billigen Preisen solange Vorrat reicht Bar od. Teilzahlung bei kleinster An- und Abzahlung Bürgerliche Wohnungseinrichtg. Wohnzim., Schlafzim., Speisezim., Herrenzim. Bunte Küchen Einzelne Möbel Liefere auch n. ausw. Lagerung kostenl. **Möbel-Cohn** Gr. Frankfurter Str. 56 5 Min. v. Alexanderpl. Fil. Badstr. 47/48 5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Schnürschuhe 45-60 Schaftstiefel 75 zur durchsehen, neu besohlt Herren-Ulster neue 120 M. Schulmapp. 60 M. Militär-Mäntel, Röcke fabelhaft billig!! ferner gr. Posten versch. Geschirr- u. Lederwaschen, Sohlenleder zu außergew. bill. Preisen Lampen, Kronen, Wirtschaftsart. Frankfurter Straße 28 Eckladen Rykestraße Humboldt 2294 Reinickendorfer Straße 37 Köpenicker Str. 72 Wittstocker Str. 10 Spandau: Charlottenstraße 7 Spandau 4.9 Charlottenburg: Spandauer Str. 35. Wilh. 1708

Eine Million Große Geld-Lotterie zugunsten des deutschen Auslands-Instituts, Stuttgart 28 920 Gewinne im Gesamtbetrage von **Eine Million Mark** Hauptgewinne: 150.000 100.000 50.000 usw. bar ohne Abzug Original-Lose zum Preise von 4 Mark, Liste 1 Mark, Porto nach Tarif, versendet Paul Heine, Lotterie-Geschäft LEIPZIG Brüderstr. 15 Ziehung: 22.-28. Februar 1922

Echt Jamaika-Verschnitt **Rum** ½ Flasche 56.— Französ. Prunier Pelisson-, Derby- **Cognac** Allasch ½-Liter-Flasche Mark 39.— **Alt. Sherry** schwer älter **Malaga** Rüdesheimer-Nahe-Wein Fl. 18.— ohne Steuer Große Auswahl in besseren Rheinweinen besonders 1917er **J. F. Rauch** Literware an Gastwirte und Wiederverkäufer i. d. Engros-Abteilung, N 4, Bergstr. 34 Dorotheenstr. 69 Invalidenstr. 161, Eckh. Potsdamer Str. 84, Bel Gentzerstr. 4, Alexandpl. Brunnenstr. 174, Eckh. Friedrichstraße 11 Gr. Frankfurter Str. 112 Schönhauser Allee 178

Zinn Gold-, Silber-Bruch, **Quecksilber**, Blei, Kupfer, Platin usw. kauft zum Engrospreise Scherson, Sander Str. 35, am Schlesischen Bahnhof

Jeder Notgeldsammler der sich ständig über die Anschaffungskosten seiner Sammlung klar sein will, sollte sich das in meinem Verlage erschienene **Merkbuch für Notgeldsammler** 112 Seiten stark, zum Preise von M. 24.-, für M. 26 franko, senden. Verlangen Sie bitte Prospekt. Einiges über Notgeld" geg. Einsendung von M. 1.— portofrei. Victor Engelmann, Kiel.

Emser Pastillen

Zuhause kauft, wer zum Süßen von Speisen, Getränken usw. sowie zur Bereitung von Kompotten oder zum Einkochen von Obst usw. Süßstoff verwendet. Vorzüglich — billig — bekömmlich. Markenfrei erhältlich in Drogen- und Kolonialwarenhandlungen.

Der weitesta Weg zu mir lohnt sich sehr! Verkaufen Sie daher anderwärts nichts zu billig, ich kaufe ohne zu handeln und zahle stets den allerhöchsten Tagespreis für Gold- Uhren Ringe Ketten Silber- Sachen Bestecke Bruch Platin- Zahnstifte Kontakte Brennstifte Gebisse Zähne b. 100 M.— b. 3000 M.— Schmucksachen + Münzensammlungen Wollen Sie wirklich sehr hohe Preise erzielen so wenden Sie sich vertrauensvoll nur an die ha. gerichtlich eingetragene Firma **Richard Herrmann, Wilhelmstr. 30** Ecke Kochstraße, nahe Anhalter u. Potsdam. Bahnhof Vom Publikum selbst als eine höchstzahlende und reelle Ankaufsstelle anerkannt. Vorzeiger dieser Anzeige erhält beim Verkauf 5 M. extra.

Auto und Flugzeug.

Der Eisenbahnersatz für die Reichen.

Die Chausseen, die als Verkehrswege in den letzten Jahrzehnten keine bedeutende Rolle mehr spielen, kommen jetzt, fast ein Jahrhundert nach dem Zeitalter der Postkutschen, wieder zu Ehren. Die Oberpostdirektion Berlin hat, wie bereits kurz mitgeteilt, als Notstandsmaßnahme während des Eisenbahnerstreiks einen täglichen Dienst nach Hannover, Hamburg und Leipzig mit Personenkraftwagenposten eingerichtet. Natürlich ist diese weniger angenehme als romantische Postkutscherei eine sehr kostspielige Sache und nur für die Besitzer allerschwerster Geldbeutel erschwingbar. Da die Wagen kaum mehr als 30 Kilometer in der Stunde fahren dürften, so wird beispielsweise eine Reise nach Hamburg (280 Kilometer) etwa 9 Stunden dauern. Bei den herrschenden Schneestürmen und angesichts der sich durch verwehte Straßen ergebenden Möglichkeiten alles andere als ein Vergnügen.

Aehnlich steht es mit der Flugzeugbeförderung, die bei dem herrschenden Wetter noch mehr ungeahnte Möglichkeiten in sich birgt. Nichtsdestoweniger soll von morgen, Sonntag, den 5., ab erstmalig nach Hamburg (280 Kilometer), nach Braunschweig (205 Kilometer), Dortmund (420 Kilometer) und voraussichtlich auch nach Leipzig (160 Kilometer) und Dresden (195 Kilometer) ein regelmäßiger Personenflugdienst eingerichtet werden. Für Gesellschaften bis zu 4 Personen werden Kabinenflugzeuge, für Reisende bis 8 Personen Großflugzeuge bereitgestellt. Die Reisekosten betragen 30 M. je Kilometer.

Fliegende Briefsendungen.

Für die nächste Zeit richtet die Postverwaltung zur Beförderung von Briefsendungen Luftpostverkehr auf den Strecken Berlin—Hamburg, Berlin—Dortmund, Berlin—Bremen, Berlin—Stettin und Berlin—Dresden ein. Weitere Luftpostverbindungen sind geplant.

•

Ueber die Verkehrslage in Berlin ist folgendes mitzuteilen: Der Güterverkehr ist völlig zum Stillstand gekommen, weil die großen Verschiebebahnhöfe größtenteils nicht mehr besetzt sind. Eingelaufen waren bis in die Nachmittagsstunden auf dem Görlitzer Bahnhof 3 Güterzüge, die Milch gebracht haben, auf dem Nordbahnhof zwei Milchzüge, während der Hamburg-Lehrter Bahnhof überhaupt keinen Zugverkehr hatte. Die Güterannahme ist allgemein gesperrt, um eine Verstopfung der Bahnhöfe zu verhindern. — Im Fernpersonenverkehr sollte um 2,05 Uhr nachmittags ein Zug nach Magdeburg abgelassen werden. Bis in die späten Nachmittagsstunden war aber an die Abfahrt nicht zu denken. Es muß bezweifelt werden, daß der in Aussicht gestellte Notverkehr überhaupt in Gang kommt.

Eingeschränkter Betrieb auf dem Postscheckamt.

Der Eisenbahnerstreik hat auch eine erhebliche Einschränkung im Betriebe des Postscheckamts im Gefolge gehabt. Durch den Ausfall der Vorortzüge konnte ein Teil der Beamten nicht zum Dienst erscheinen, so daß die Direktion sich zu einer Verkürzung der Geschäftsstunden veranlaßt sah. Besonders empfindlich wurde die Betriebseinschränkung für die Postscheckinhaber, die unter erheblichen Schwierigkeiten aus den Vororten nach Berlin gekommen waren. Vor dem Gebäude des Amts in der Dorotheenstraße spielten sich mittags um 12 Uhr, als die Kassenräume bereits geschlossen waren, recht erregte Szenen ab. Das Postscheckamt wird, bis die Verkehrslage sich bessert, bereits um 12 Uhr mittags schließen.

Steigen der Lebensmittelpreise.

Die Berliner Zufuhren für einige Tage gesichert.

Die Versorgung Berlins mit Lebensmitteln ist, soweit es sich übersehen läßt, noch auf einige Tage sichergestellt. Da die Fleischzufuhr in letzter Zeit überaus rege war, kann man im Augenblick von einem Fleischmangel noch nicht reden. Wie lange diese Vorräte den Bedarf der Bevölkerung decken werden, kann selbstverständlich im Augenblick nicht gesagt werden.

Die Zufuhr von Naturbutter war schon, bevor der Streik eintrat, nicht gerade reichlich, aber man rechnet unter den augenblicklichen Verhältnissen, mit den vorhandenen Beständen noch 8 bis 14 Tage die Kauflust befriedigen zu können. Eine Knappheit der Margarine wird in absehbarer Zeit nicht eintreten, da die Läger gut gefüllt sind. Ebenso wird ein Mangel an Schmalz nicht eintreten. Sind die Mehl- und Hülsenfrüchtebestände auf einige Zeit gesichert, so muß man leider vom Gemüse das Gegenteil behaupten. Hier war die Zufuhr dauernd schon flau, und die geringen Vorräte werden nicht lange ausreichen. Das wenige, das per Achse von den Gütern Berlins gestern angerollt wurde, ist nicht imstande, den Bedarf zu decken.

Das Bild, das sich gestern abend in der Zentralmarkthalle bot, stand im Zeichen des Eisenbahnerstreiks. Konnte man vorher von einer Käuferruhe sprechen, so machte sich gestern das Gegenteil bemerkbar. Die Fleischerstände wurden geradezu belagert. Dieses unsinnige Kaufen wird zunächst den üblichen Erfolg zeitigen: das Steigen der Preise. Ruhiger ging es bei den Fischständen zu. Hier herrschte das alte Leben. Lebhafter wurde bei den Gemüsehändlern gehandelt. Bei den Auktionen der städtischen Verkaufsvermittler herrschte Ruhe. Ihre Stände, die sonst stark gefüllt waren, weisen zum Teil eine gähnende Leere auf.

Die verurteilten Wohnungsbeamten nicht mehr in ihren Aemtern. Die Deputation für Wohnungswesen teilt mit: Die von der Strafkammer des Landgerichts II verurteilten schuldigen Personen sind schon vor zwei Jahren aus dem Amte entfernt worden, sofort nachdem der Zentrale von den Vorkommnissen Mitteilung gemacht worden war. Es ist in solchen Fällen stets in gleicher Weise verfahren worden.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch schwach, Geschäft sehr rege. Fische etwas knapper, Geschäft ruhig. Obst und Gemüse schwach, Geschäft etwas lebhaft.

•

Am gestrigen Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende **Kleinhandelspreise:**

Rindfleisch, Keule 21—22 M., Brust 17—19 M. das Pfund. **Kalbfleisch** 18—24 M. **Hammelfleisch** stand auf 16—19 M. **Schweinefleisch** (Hücken und Rippenspeer) 23—24 M. — **Gänse** 27 und 28 M. **Hühner** 26—28 M. und **Puten** 24 M. **Enten** durchschnittlich 14 M. das Pfund. — Lebende **Barsche** 18 M. und **Bleie** 12—14 M. **Hechte** in Eispackung 13—14 M. und **Karpfen** 18—20 M. **Plötzen** 8—9 M., lebende 13—15 M. **Schleie** standen mit 32 M. das Pfund ausgezeichnet, **Zander** mit 28 M. **Kabeljau** 9 M. — **Naturbutter** 49—55 M. **Margarine** 23—30 M. **Schweineschmalz** 32 M. **Grünkohl** das Pfund 2,50 M. und **Rosenkohl** 11 M. **Wirsingkohl** 3,50—4,50 M. **Weißkohl** 3 M. **Linsen** 11 M. das Pfund. **Weiße Bohnen** 6—7,50 M. **Erbsen** 6—8,50 M. **Graupen** 6,50—8,50 M. **Reis** 8—10 M. **Hafermehl** 9,80 M.

Der Indermord vor Gericht.

Vernehmung der Angeklagten Frau Singh.

In der gestrigen Verhandlung gegen den des Mordes an dem indischen Studenten Singh angeklagten Chauffeur Arnold, den Schlosser Körwien und die Frau Singh wurde der Angeklagte Körwien zur Sache vernommen. Er schilderte, wie ihm Arnold erzählt habe, Frau Singh wolle sich von ihrem Manne scheiden lassen. Singh habe viel mit anderen Frauen verkehrt, und um dies zugunsten der Frau Singh in der Ehescheidungsklage festzustellen, habe Arnold ihn gebeten, ihm bei der Beobachtung des Singh behilflich zu sein. Auf die Frage eines Geschworenen, in welcher Höhe er sich die von der englischen Regierung auf den Kopf Talaat Paschas angeblich ausgesetzte Belohnung gedacht habe, erklärt der Angeklagte Körwien, daß ihm Frau Singh gesagt habe, es handele sich um 20 000 Pfund Sterling. (Heiterkeit.)

Die Vernehmung der Frau Singh, der Witwe des ermordeten Studenten Singh, erregte besonderes Interesse. Die Angeklagte gibt u. a. zu, daß sie schon am zweiten Tage ihrer Bekanntschaft in intimen Verkehr zu Arnold getreten sei, obwohl sie wußte, daß Arnold verheiratet war und von seiner Frau getrennt lebte. — Der Vorsitzende bringt eine Reihe von Liebesbriefen zur Verlesung. In einem dieser Briefe hatte die Angeklagte an Arnold geschrieben: „Ich möchte von deinen Händen getötet werden!" und in einem zweiten: „Mazi, Mazi, komm, erlöse mich!" Die Angeklagte gibt zu, daß sie den Arnold aufgefordert habe, ihren Mann, den sie im Verdacht der ehelichen Untreue und auch des Diebstahls gehabt habe, zu beobachten. Sie bestreitet, daß sie den Arnold angeregt habe, einmal nach dem Excelsior-Hotel zu gehen, um dort Verbindung mit dem dort wohnenden englischen Spion zu suchen. Dafür, daß es sich um politische Intrigen handelte, hat die Angeklagte keinen Anhalt, ebenso nicht dafür, daß Arnold von politischen Gegnern des Singh zur Tat angestiftet worden sei. Die Tatsache, daß sie gerade in der Nacht der Tat nicht in dem Zimmer ihres Mannes, sondern bei ihren Eltern geschlafen habe, erklärt die Angeklagte dahin, daß Singh bettlägerig krank war. Nach Abschluß dieser Vernehmungen erfolgen die

Gutachten der medizinischen Sachverständigen

über den Geisteszustand des Arnold zur Zeit der Tat. Prof. Dr. Forster schildert den Angeklagten als einen Epileptiker, der bei ihn erregenden persönlichen Angelegenheiten leicht in Wut gerate. Medizinalrat Dr. Störmer bedauerte, sich diesem Gutachten nicht anschließen zu können, sondern ihm direkt widersprechen zu müssen, da es viel zu weit gehe. Epileptische Anfälle seien beim Angeklagten von keiner Seite beobachtet worden, es liegen nur subjektive Angaben des Arnold darüber vor. Bezüglich der Frau Singh bekundet Medizinalrat Dr. Störmer, daß diese zwar in geringem Grade an der Bosedowschen Krankheit leide, aber eine geistig durchaus gesunde Person sei. Auch von Hysterie sei bei ihr keine Rede, ebensowenig sei sie als Morphinistin anzusprechen. Hierauf wird die weitere Verhandlung auf Sonnabend vertagt. Sie wird wohl noch bis Mitte nächster Woche dauern.

Der Mietstreit um ein Prinzenpalais.

Um das historische Palais am Wilhelmsplatz, das von Schinkel erbaute sogenannte Ordenspalais, wurde ein interessanter Rechtsstreit vor dem Landgericht I zum Austrag gebracht. Das Wohnrecht in dem Palais war seinerzeit dem Prinzen Karl von Preußen und seiner Linie eingeräumt und im Grundbuch eingetragen worden, so daß das Wohnrecht gegenwärtig dem Prinzen Friedrich Leopold zusteht. Nach dem Amtsantritt des Finanzministers Lüdemann erließ das Finanzministerium ein Verbot an das Auswärtige Amt, das das Palais gemietet hatte, und verlangte Abführung der Miete an die preußische Generalstaatskasse. Das Auswärtige Amt wollte aber für keinen der streitenden Teile Partei nehmen und hinterlegte fortab die Miete bei der amtlichen Hinterlegungsstelle. Der preußische Finanzminister trat nun nochmals in dringender Weise an das Auswärtige Amt heran, und verpflichtete sich, die Bürgschaft für allen Schaden zu übernehmen, der aus der Zahlung an ihn dem Reiche entstehen könnte. Dadurch ließ sich das Auswärtige Amt bewegen, die Miete nach der Anweisung des Finanzministeriums zu zahlen. Der Prinz focht die Zahlungen als rechtswidrig an und erhob Klage gegen den Reichsfiskus auf Zahlung der Miete an ihn. Das Landgericht erhob Beweis über die seinerzeit getroffenen Abmachungen, nahm nach Einsicht in das zugrunde liegende Aktenmaterial zugunsten des Prinzen als erwiesen an, daß diesem der Anspruch auf die Mietzahlungen zustehe, und verurteilte daraufhin den Reichsfiskus zur Zahlung der Mietbeträge an den Prinzen.

Kein Streik der Hoch- und Untergrundbahn.

Die „Freiheit" brachte gestern abend die Meldung, daß die Angestellten der Berliner Hoch- und Untergrundbahn gestern nachmittag zum Eisenbahnerstreik Stellung nehmen würden. Es sei anzunehmen, daß sie die sofortige Stillegung des Betriebes beschließen würden. Diese Mitteilung ist durchaus falsch. Im Betriebe der Hoch- und Untergrundbahn befaßten sich die Angestellten lediglich mit der Abstimmung über den Schiedsspruch zu ihrem Gruppenabkommen.

Keine Streikarbeit.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer teilt auf vielfache Anfragen mit, daß zurzeit von seinen Mitgliedern jede Streikarbeit abzulehnen ist. Aber es soll bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß ein großer Berufsverband, wie der der Maschinisten und Heizer oder doch wenigstens der ADGB. in Zukunft von dem beabsichtigten Streik in Kenntnis gesetzt werden muß, wenn man auf die Solidarität der freien Gewerkschaften rechnen will. Andernfalls werden die in Frage kommenden Organisationen in kommenden Fällen sich an nichts gebunden erachten.

Die Kleinhausstadt auf dem Tempelhofer Feld.

Der erste Bauabschnitt der Siedlungsanlage, die von der Gemeinnützigen Tempelhofer Feld-Heimstättengesellschaft mit Unterstützung von Reich und Stadt ausgeführt wird, ist jetzt vollendet. Auf der Westseite des Tempelhofer Feldes, wo ursprünglich hohe Mietshäuser errichtet werden sollten, ziehen sich jetzt freundliche Flachhäuser von zwei Stockwerken in übersichtlicher Gruppierung hin. Aus dem winterlichen Weiß des Feldes erheben sich rote, gelbe und weiße Reihenhäuser mit roten Dächern und das ganze gewährt trotz einer gewissen, durch die Not der Zeit bedingten Nüchternheit einen anheimelnden Anblick. Der erste Bauabschnitt von 150 Häusern ist bereits verkauft. Nur die Straßen konnten infolge der Witterungseinflüsse noch nicht fertiggestellt werden.

Zur Frage der Zuwahl von Bürgerdeputierten zu den zentralen Verwaltungsdeputationen hat der Magistrat erneut Stellung genommen. Dabei wurde allseitig zum Ausdruck gebracht, daß die Zahl der Bürgerdeputierten möglichst klein bemessen werden müsse, damit der Geschäftsgang in den Deputationen nicht leide. Dementsprechend wurde beschlossen, die Zahl der Bürgerdeputierten in den Deputationen auf sechs festzusetzen mit Ausnahme der Deputationen für Arbeit und Gewerbe, für Feuersozietät und für Schulwesen, bei denen es bei den bisherigen Beschlüssen verbleiben soll. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage gemacht.

Steuererklärung 1921. Die Finanzämter Groß-Berlins erlassen im Inseratenteil der vorliegenden Nummer eine öffentliche Aufforderung zur Steuererklärung zum Zwecke der Einkommensteuerveranlagung für das Steuerjahr 1921. Die Steuererklärung muß bis zum 16. März d. J. bei dem zuständigen Finanzamt abgegeben sein.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstandsmitglieder! Heute nachm. 5 Uhr wichtige Sitzung des Bezirksvorstandes im Sekretariat, Lindenstr. 3. Es darf keiner fehlen.

2. Kreis. Tiergarten. Sonnabend, den 4. Februar, 7 Uhr, Elternbeiratssitzung Wilhelmshavener Str. 78 (83.).

Heute, Sonnabend, den 4. Februar:

19. Abt. 7 Uhr Sitzung der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute bei Mielsch, Christianiastraße 116.

101. Abt. Treptow. 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Ritche, Elsenstraße 96. Sehr wichtige Tagesordnung. Erscheinen der Funktionäre Pflicht.

121. Abt. Niederschönhausen. Die Funktionärkonferenz findet nicht statt. Die Bezirksführer werden ersucht, zu der am Mittwoch, den 8. Februar, bei Klindt stattfindenden Mitgliederversammlung einzuladen und die Notiz am Dienstag auch zu beachten.

Jungsozialisten. Kassenrevision nachmittags 4 Uhr im Bezirksverband Lindenstraße 3, 1. Hof, 2 Treppen.

Morgen, Sonntag, den 5. Februar:

13. Abt. Früh 10 Uhr Konferenz der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute bei Schmidt, Stromstr. 41.

43. Abt. Früh 10 Uhr Bezirk Partels, Zusammenkunft bei Mai, Reichenberger Str. 96. Neuwahl des Bezirksführers.

47. Abt. Früh 9 Uhr Konferenz aller Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Grosser, Köpenicker Str. 20.

63. Abt. Früh 9 Uhr plötzlich Sitzung sämtlicher Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute bei Kleopodzoni, Brandenburgstr. 54.

82. Abt. Halensee. 7 Uhr gemütliches Beisammensein in den Florasälen, Johann-Georg-Straße 17, mit Tanz. Gäste willkommen.

Jungsozialisten. Gruppe Lichtenberg. Trotz des Eisenbahnerstreiks findet die Wanderung statt. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Strausberg-Nummelsburg. — Gruppe Schöneberg-Friedenau. Besuch der Nationalökonomie. Treffpunkt 9 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Trp. Telephon Moritzplatz 121 08—121 10.

Heute, Sonnabend, den 4. Februar:

Eine Konferenz der Abteilungsvorsitzenden findet heute abend um 7 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Treppen, statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen alle Vorsitzenden vertreten sein. Ohne Ausweis kein Zutritt. Die Abrechnung der Theaterkarten vom 5. Februar muß schnellstens erfolgen. Die Mandate zur außerordentlichen Generalversammlung müssen in Empfang genommen werden.

Morgen, Sonntag, den 5. Februar:

Nachmittags 3 Uhr findet im Neuen Volks-Theater, Köpenicker Str. 68, eine Theatervorstellung statt. Zur Aufführung gelangt „Heuchler" von Schorr. Eintrittskarten zum Einheitspreis von 6,50 Mk. sind an der Kasse und im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr., zu haben.

WEISSE WOCHE

Heute Schlusstag

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE ALEXANDERPLATZ FRANKFURTER ALLEE

Oeffentliche Aufforderung

I. zur Steuererklärung zum Zweck der Einkommensteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1921.

Auf Grund des § 39 des Einkommensteuergesetzes und der vom Reichsminister der Finanzen gemäß § 32 der Ausführungsbestimmungen getroffenen Festsetzung werden

1. alle im Bezirke der unterzeichneten Finanzämter wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche);
2. sämtliche Personen, die, ohne im Deutschen Reiche zu wohnen oder sich aufhalten, in dem Bezirke der unterzeichneten Finanzämter Grundbesitz haben, ein Gewerbe betreiben, eine Erwerbstätigkeit ausüben oder Bezüge aus öffentlichen, innerhalb des Finanzamtsbezirkes gelegenen Kassen mit Rücksicht auf gegenwärtige oder frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit erhalten,

soweit die vorstehend Genannten nicht bei einem anderen Finanzamt eine Steuererklärung abgeben und soweit sie im Kalenderjahr 1921 oder in dem während dieses Kalenderjahres endenden Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) ein steuerbares Einkommen von mehr als 24 000 M. bezogen haben, aufgefordert, **eine Steuererklärung nach Maßgabe und unter Benutzung des amtlichen Vordrucks in der Zeit vom 15. Februar bis 15. März 1922 bei dem für sie zuständigen Finanzamt** abzugeben. **Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugesandt ist.**

Welches Finanzamt zuständig ist, bestimmt sich nach den am 20 Oktober 1921 bestehenden Verhältnissen (Wohnung bzw Aufenthalt an diesem Tage usw). Wer die Erklärung bei einem anderen als dem zuständigen Finanzamt abgibt, wolle dies und den Grund dazu mitteilen.

Die Entsendung der Steuererklärung durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Pflichtigen und deshalb zweckmäßig **mittels Einschreibebriefes.** Die Steuererklärung kann auch mündlich bei dem zuständigen Finanzamt während der Geschäftsstunden **von vormittags 9 bis 1 Uhr** zu Protokoll abgegeben werden. **Am Montag sind die Finanzämter für den Publikumverkehr geschlossen.**

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit **Geldstrafen bis zu 500 M.** zur Abgabe angehalten werden; auch kann ihm ein **Zuschlag bis zu 10 v. H.** der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen nicht gerechtfertigte Steuervorteile erschleicht oder vorsätzlich bewirkt, daß die nach dem Einkommensteuergesetze zu entrichtende Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen **Steuerhinterziehung** mit einer Geldstrafe im Sinne des Zwangsgesetzes Bezuge der hinterzogenen Steuer **bestraft.** Neben der Geldstrafe kann auf **Gefängnis** und unter Umständen auf **Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte** sowie auf **Bekanntmachung** der Bestrafung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden (§ 58 des Einkommensteuergesetzes und § 359 ff. der Reichsabgabenordnung). Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Einkommensteuer verkürzt oder Steuervorteile zu Unrecht gewährt oder belassen werden, wird wegen **Steuergefährdung** mit einer Geldstrafe **bestraft,** die im Höchstbetrage halb so hoch ist, wie die für die Steuerhinterziehung angedrohte Geldstrafe (§ 367 der Reichsabgabenordnung).

II. zur Kapitalertragsteuererklärung für das Kalenderjahr 1921.

Auf Grund des § 9 Abs. 3 des Kapitalertragsteuergesetzes hat, wer in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1921 fällig gewordene Kapitalerträge der nachbezeichneten Art:

1. Diskontbeträge von inländischen Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schatzwechsel, soweit es sich um Kapitalanlagen handelt;
2. Erträge aus ausländischen Kapitalanlagen (insbesondere Dividenden, Zinsen von festverzinslichen Wertpapieren, Darlehns-, Hypothekenzinsen usw.)

bezogen hat, eine Kapitalertragsteuererklärung abzugeben.

Von der Verpflichtung zur Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung sind befreit:

1. Personen, deren steuerbares Einkommen nicht mehr als 5000 M. beträgt, wenn sie
   a) über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig und nicht blos vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, und
   b) bereits bei der letzten Einkommensteuerveranlagung die volle Anrechnung der Kapitalertragsteuer auf die Einkommensteuer nach § 44 des Einkommensteuergesetzes erreicht haben.
2. die nach den bestehenden Vorschriften oder den Entscheidungen der Finanzbehörden befreiten Gläubiger.

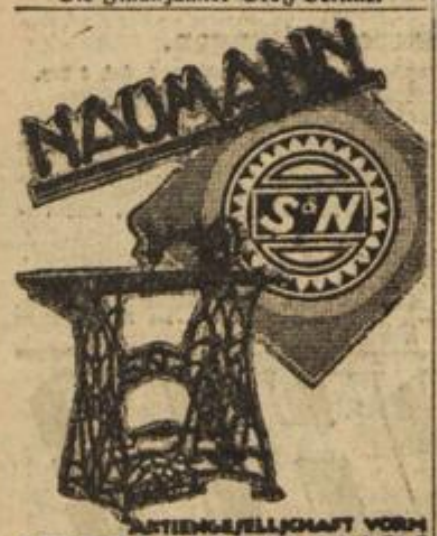
Mit diesen Ausnahmen besteht die Pflicht zur Erklärung ohne Rücksicht auf die Höhe des Ertrages.

Bei verspäteter Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung kann ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden (§ 170 der Reichsabgabenordnung).

Soweit eine Verpflichtung zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung besteht, ist die Kapitalertragsteuererklärung gleichzeitig mit der Einkommensteuererklärung beim zuständigen Finanzamt abzugeben.

Berlin, den 31. Januar 1922.

Die Finanzämter Groß-Berlins.



AKTIENGESELLSCHAFT VORM
SEIDEL & NAUMANN
DRESDEN
Vertreter: Emil Halbarth
BERLIN W 8, Friedrichstraße 55a
TELEPHON Zentrum 10440

Altmetalle
en gros
von Fabrikanten und Händlern
Robert Bader & Sohn, Berlin SO 26
Fernsprecher: Moritzpl. 667 u. Mariannenplatz 22
Vertreterbesuch u. Freie Abholung

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Troubadour
7½ Uhr

Schauspielhaus
Lumpazivagabundus
7½ Uhr

Deutsch. Theat.
8: Bajazzo — Das Abenteuer
Sonnt. 2½: Frühlings Erwachen
8: Bajazzo. — Das Abenteuer

Kammerspiele
8: Anatol
Sonntag 2½: Die deutsch. Kleinstädter
8: Anatol

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7½ Uhr Schwedisch. Ballett
Sonntag 7½: Schwedisches Ballett

Theater i. d.
Königgrätz. St.
Montag zum 1. Male:
D. wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler
Phantast. Melodram nach E.T.A. Hoffmanns Leben u. Erzählungen von Carl Meinhard u. Rud. Bernauer. Musik mit teilw. Benutzung von Motiven aus Hoffmanns „Undine" und Mozarts „Don Juan" von E. N. von Reznicek.

Komödienhaus
Täglich 7.30 Uhr
Karussell
mit
Maria Orska
Joh. Riemann
Ralph Art. Roberts

Berliner Th.
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala
Emmy Sturm
Herb. Kiper, Louis Kaliger, Wally Koch

Residenz-Theat
Täglich 7½ Uhr
Eine Frau ohne Bedeutung
Irene Triesch, Bassermann, Arnsläot, Korff
Stg. 4 Uhr kleine Pr.
Casanovas Sohn

Kleines Theater
Täglich ½8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Olga Limburg, Julius Falkenstein, Albers
Stg. 4 Uhr kleine Pr.: Der Dieb

Trianon-Theat.
Täglich 8 Uhr
Elga
v. Gerhart Hauptmann (Tilla Durieux, Konrad Veidt, Becker, Klein)
Stg. 4 Uhr kl. Preise
Mein Freund Teddy

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
Vorstellung der Jugend-Volksbühne
3 Uhr: Das Käthchen von Heilbronn
7½ Uhr: Ueber d. Kraft
I. Teil

Lessing-Theat.
Heute bis Montag 7½:
Flamme (Käte Dorsch)

Deutsches Künstler-Th
Gastsp. des Moskauer Künstler-Theaters
7 U.: Der Kirschgarten
Sonntag 7: Jede Weisheit hat einen Haken
Montag 7 Uhr zum 1. Male: Hamlet

Theater d. Ostens
(Rose-Theater)
3½ Uhr: 1001 Nacht
7½ Uhr:
Die Gräfin von Kempinski

FOLIES CAPRICE
Linienstr. 132
Täglich ½8 Uhr:
D. Liebeskanapee
Das Käuzchen
Die falsche Nummer
Frd. Grunecker, R. Bergl
Dir. Strobel

Casino-Theater
Lothring. Str. 37 Tägl. 7½
Die neue Berliner Posse
Familie Gänseklein
Vorher Lachende Liebe
Jes.-Posse m. d. neuest. Schlager „Bumme trotz Stg. 3½ Geständnis

The & Internat. Uhr
SCALA
Varieté
Sonnt. 3½ z. halb. Pr. d. voll. Progr.

METROPOL KABARETT
Behrenstraße 54
7½ Uhr
Das lustig Februar-Programm

SCHALL u. RAUCH
im Groß. Schauspielhaus Bier-Kabarett

Russ.-Deutsch. Theater
„Der blaue Vogel"
Gottzstraße 9
Nollendorf 1613
Anfang 8½ Uhr
Vorstellung allabendlich!!

Admirals-Palast
Keine Vorstellung
Ball der Karikaturisten
Sonnt. 3½: Abrakadabra
7½: Futur. Karneval
Die Prinzessin v. Tragant
Im Gespensterschloß

CIRCUS BUSCH
Tgl. 7½ Stg. auch 3 U.
Morgen Sonntag nachm. 3 Uhr
1 Kind frei!
Robinson Crusoe
Neue Circus-ensat
Martha Mohnke
mit ihrem neuen Schulpferd „Liebling"
1½ U.: D. Schlange der Durga.

Alte tümliche Möbel kauft **Zepernick,** Brandenburgstr. 44 45 12a

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/14
Heute, Sonnabend, den 4. Februar:
Bockbier-Fest
Großer
Alpenball
— 8 Kapellen —
Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Central-Theater
7¼ Uhr: Das Detektivmädel
Deutsches Opernhaus
7½ Uhr: Hoffmanns Erzählungen
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: Rigoletto
Intimes Theater
8: Badende Nymphe
Grausig. Experiment
Gustave, es blitzt
Klein. Schauspielhaus
7½ Uhr: Der Ring
Lustspielhaus
Uhr: Der Werwolf
Metropol-Theater
7½ U.: D. Straßensängerin
Neues Operetten-Th.
8 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Operettenhaus
8 Uhr: Einmal kommt die Stunde . . .
Neues Theater am Zoo
Heute geschlossen
Str. Calderon-Gesellschaft
7½ Uhr: Te Deum — Metamoelle
Neues Volkstheater
7½ Uhr: Heuchler
Schiller-Th. Charlbg.
7½ Uhr: Der Snob
Schloßpark-Th. Steglitz
Schloßstr. 4
7½ Uhr: Extemporale
Thalia-Theater
7½ Uhr: Die Herren von und zu . . .!
Theat. am Nollendorfpl.
3½ U.: Onkel Bräsig
7½ U.: Die Ehe im Kreise
Theater des Westens
7½ U.: Der Tanz ins Glück
Sonnt. 3½: Der ersten Liebe goldene Zeit
Th. i. d. Kommandant Str. (Jüdisch. Gast.-Theat.)
7½ Uhr: Dybuk
Wallner-Theater
7½ Uhr: Die Spitzenkönigin
Walhalla-Theater
Uhr: Die Mondscheindame

Komische Oper 7¼
Dir. Jam. Klein
Die große Revue
Der Herr der Welt
Keine Bühne der Weltbiet. solche Pracht-Ausstattung u. Namen ber. Darsteller
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Dura
Wilh. Harlstein
Franz Gross
Paul Walzermey r
Lott. Wrimeisler
Herta Richter
75 Damen-Ballett!
Sonntag:
Große Volksoper
Nachm. 2½ Uhr
Lohengrin
Vorverkf. ununterbr.

Apollo-Theater 8
Dir. Jam. Klein
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Rund um die Welt!
Jed. erwachsene ein Kind frei
Ermäßigte Preise
Die Ausstattungs-Varieté-Schau
Rund um die Welt!
10 Akte in verschiedenen Ländern
Im chinesischen Fr. udenhause
Auftreten der Chung-Hai-Truppe
Natschas Wüst.-Dressuren
i. d. Hauptrolle:
Else Berna
Oscar Sabo
Martin Kettner
Fritz Steidl
Else Reval
Alfred Walter
Oscar Leighberger
Marion Itting

WINTERGARTEN
Reines Varieté-Programm
Rauchen gestattet
Theat. a. Kottb. Tor
Tel. Moritz 10077
Tägl. 7½ Uhr u. Stg. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
10 Herren! Witz! Komik!
Nm. halb. Preise
Bch. 11-1½ u. 4-6

Reichshallen-Theater
Alliancestraße 7½ Uhr u. Sonnt. nachm. 4 U.
Stettiner Sänger
Nachm. halbe Pr.
Döbhoff-Brettl:
Anf. 7½ Uhr

Garderobe
für Herren u. Damen
noch wirklich
billig
auf
Teilzahlung
Anzüge
Raglans
Damen-Mäntel
Kostüme
Röcke
Beiser
Lothringer Str. 67

Pelz-Haus abuco
Leipziger Str. 58
Zahlungserleichterung

Wenn wir Sie sprechen könnten
würden wir Sie sicher davon überzeugen, daß Sie durch uns bezogene Anzug-, Paletot-, Hosenstoffe sowie Damentuche unbedingt Vorteile haben. Verlangen Sie sofort Muster, welche wir frko an jedermann versend.
Lehmann & Aßmy
Spremberg i. L. 26.
Aeltestes Tuchversandhaus mit eig. Fabrikat.

Bandwurm Spul- und Madenwürmer
diese Schmarotzer entziehen dem Körper die besten Säfte, der Mensch wird blutarm, nervös, elend und schlapp. Bleichsüchtige und blutarme Frauen u. Mädchen, Magen- und Weißflußleidende, sowie nervöse Personen usw. leiden in den meisten Fällen an Eingeweidewürmern, erkennen aber ihre Krankheit nicht. Ehe Sie etwas dagegen unternehmen, verlangen Sie Auskunft gegen eine Mark in Kassenscheinen.
Keine Hungerkur!
Wurm-Rose, Hamburg 11a 144

JONASS & Co. BERLIN SW 61 Belle-Alliance-Str. 7-10

DISKRETE Teilzahlung
zu Ladenpreisen — zu Ladenpreisen

Was sagen die Angestellten der Kauf- u. Warenhäuser?

Wie von allen Festbesoldeten, denen grössere Ausgaben auf einmal unerschwinglich sind, wird von den Angestellten der Berliner Geschäfte viel von uns gekauft. Sie fanden die gleichen Artikel, die sie selbst verkauften, kannten zum Teil die Hersteller und natürlich auch die eigenen Verkaufspreise. Sie bestätigten uns allgemein die Preiswürdigkeit unserer Waren

Unsere Artikel:

Gold-, Silberwaren, Brillanten, Taschenuhren, Armbanduhren, Standuhren, Regulatoren, Wecker, Alfenide-, Nickelwaren, Kristall-, Porzellan-, Tafel-, Kaffeeservice, Lederwaren, Koffer, Schirme, Parfümerien, Haarschmuck, Rasierutensilien, Spitzen, Pfeifen, elektrische Tisch- und Standlampen, Rauch-, Klub- und Teetische, Schreibzeuge, vornehme Geschenke, Photo-Apparate und -Bedarfsartikel, Theater-, Reisegläser, Reisszeuge, sämtl. Musikinstrumente, Sprechmaschinen und -Platten

Unsere Schaufenster-Ausstellung ist eine Sehenswürdigkeit Berlins

Man verlange die Bedingungen

Nur nach ausserhalb

Die schönsten Muster unserer Berliner Abteilung sind in einem Katalog zusammengestellt, den wir auf Verlangen zusenden. Man verlange Neuheitenkatalog. Bedingung: Rücksendung oder Zahlung unserer Selbstkosten von 30 Mark

Verkäufe

Auf Teilzahlung
Herrenanzüge, Cutaway, Ulster, Schlafer. Moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Rollendorfstraße 22a. Nähe Rollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 475, prachtvoller Silberfuchs 375, außerdem Alaskafuchs, Blaufuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstraße 44II, Ecke Kommandantenstraße. *

Silbermöbel, Silberfüchse, Weißfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Sealmäntel, Biberpelze zur Hälfte des bisherigen Preises. Riesenlager. Gelegenheiten. Sie finden, was Sie suchen, gut und billig. Blauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, Alexanderplatz. *

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Halleisches Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe und Pelzwaren. Keine Lombardware. *

Sensationserregend! Sämtliche Pelzwaren jetzt zu ganz bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Versatzwaren. Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauerstraße 7. *

Tapeten, Wachstuche, Linoleum, Dauerwäsche verkauft Gyllat, Kolonistenstraße 5.

Monatsanzüge, Winterpaletots zu staunend billigen Preisen. Rok, Germannstraße 25/26, früher Muskestraße. 8215*

Leihhaus Schöneberg, Gebenstraße 1, gegenüber Bahnhof, leiht höchstzahlend alles. Stets Verkauf von Wertsachen. Stephan 2033, Richard Eichelmann. *

Silberfüchse 400,—, Kreuzfüchse 300,—, Weiße 400,— Weißfüchse, Zobel-, Alaskafüchse, Skunks Marder enorm billig. Pelzmäntel 2000,—, Sportpelze 800,—, Gehpelze. Ferner: Herrenanzüge, Ulster, Cutaways, Kostüme, Mäntel, Teppiche, Gardinen, Wäsche verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a. Keine Lombardware. 131K*

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten jetzt über die Hälfte herabgesetzt. Anzüge, Paletots, Schlafer, Gehrock, Jaquet, Cutaways, Gummimäntel, Hosen bis 50 Prozent billiger. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 206/4, Ecke Rosenthalerstraße. *

Möbel

Möbelkredit bei kleinster An- und Abzahlung. Komplette Wohnungs-Einrichtungen, eichene Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Gärisch, Stralauer Platz 1—2, Ecke Fruchtstraße, am Schlesischen Bahnhof. *

Metallbetten 135.—, Polsterauflegematratzen, Kochmöbel, billigste Gelegenheiten. Zingler, Neue Jakobstraße 212 I.

Chaiselongue 100,—, Chaiselaguedecke 75,—, Metallbetten 160,—, Kinderbettbett, Weide, Augustastraße 32a, Quergebäude. 185K*

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 240,—, Walter, Stargarder Straße achtzehn. *

Nußbaummöbel, Pianos, Teppiche, Wirtschaften, ganze Nachlässe kauft Bick, Zionskirchplatz 1, Humboldt 988. 904b*

Küchenbüfett, gedrehte Säulen, Küchentisch, gedrehte Füße, großer Küchenrahmen, 2 Etagenhalter, 2 Trittstühle, gedrehte Füße, Kohlenkasten, Eimerstrank, alles gut erhalten, graublau lackiert, nur 1250. Moquettesofa 750. Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer sehr preiswert. Nußbaummöbel. Möbelhaus Kamerling, Kastanien-Allee 56 (Ecke Weinbergsweg). 905b

Musikinstrumente

Pianos, Flügel, neu und gebraucht, Gelegenheitskäufe. Teilzahlung. Pianohaus Adam, Münzstraße 16, Frankfurter Allee, Ecke Marchlewskistraße.

Kaufgesuche

Silberschmelze Christianat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 142R*

Fahrradankauf, Linienstraße 19. 149R*

Schallplatten, alte, zerbrochene, Kilogramm 27.— Platzumtausch. Songe, Bergmannstraße 15 (Kreuzberg). 882b*

Metallschmelze, Neanderstraße 35 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle. *

Kokoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin-, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennhilfe. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenstraße 168. *

Damenräder, Herrenräder, Tandems kauft Kraus, Große Frankfurterstraße 52.

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Putzkurse. Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse, Schnittmuster.

Kaufmännische Privatschule Hugo Strehlendorff, Spittelmarkt, Beuthstraße 11. Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Schnellschreiben, Deutsch, Kurzschrift, Stolze-Schrey, Maschinenschreiben auf allen gebräuchlichen Maschinen. Uebungsstunden, Diktatstunden, Lehrpläne unentgeltlich. *

Rudolf Maurer's Privat-Zuschneideschule (Carré-System). Inhaber Alfred Maurer. Friedrichstraße 61, gegründet 1871. Herren- und Damen-Schneiderei, Wäsche, Modenkunstverlag. Telephon Zentrum 7860.

Verschiedenes

Heute große Gratisverlosung in Kellers Festsälen, Bergstr. 69. Es lobet ein Hanfl. †45

Maskenball, Trudeltanz bei Männefrang. 3 Prämiierungen der schönsten und originellsten Masken. Hohe Preise. Humor und Stimmung. Intimes Ballhaus, Sprengelstraße 47. 805b

Geld sofort auf Pfandscheine, Wertsachen, Wäsche, Zilkfaufsrecht. Joseph, Braunsbergerstr. 4. *

Erfinder, Patentbureau Backscher, Gerteaubtenstraße 15. Zentrum 7800. 104K*

Vermietungen

Mietgesuche

Möbliertes Zimmer sucht Bankbeamter möglichst sofort. Gegend Halleisches oder Kottbuser Tor. Angebote unter 186 an Zeitungszentrale, Jerusalemerstraße 5/6. †46

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

500 Blusenarbeiterinnen perfekte und Anfängerinnen in und außerm Haus. Betriebswerkstatt. Arbeitsstunden bei höchster Bezahlung. Blusenfabrik Horwitz, Culmstraße 6. 906b

Jüngere Botin schulentlassen, und gewandt, mit guten Zeugnissen zum sofortigen Eintritt bei gutem Gehalt gesucht
J. Michael & Co., Berlin NW 7, Mittelstraße 24. 178

Automobil-Schlosser
ältere, tüchtige, die jahrelang im Fach tätig, aber nur solche, stellt sofort bei hohem Lohn ein
Automobil-Zentrale Bruno Plaga
Bernimstraße 9 111/12

ZZ Botenfrauen u. Männer
werden zu den neuen, sehr stark erhöhten Löhnen eingestellt:
Ackerstr. 174 (Koppenplatz)
Bärwaldstraße 42
Bastianstraße 7
Boxhagener Straße 61
Greifenhagener Straße 22
Immanuelkirchstraße 24
Landsberger Platz 14 15
Lübecker Straße 1
Marbachstraße 36
Müllerstraße 34 a
Petersburger Platz 4
Prinzenstraße 81
Steglitzer Straße 37
Waldstraße 9
Wilhelmshavener Str. 48
Borsigwalde, Rauschstraße 10
Lichtenberg, Wartenbergstraße 1
Neukölln, Reckestr. 2 und Siegfriedstr. 28/29
Niederschöneweide, Brückenstr. 10
Niederschönhausen, Breslauerstraße 37
Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 56
Schöneberg, Belziger Straße 7
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 13
Treptow, Kiefholzstr. 412

Selbständige Schreibmaschinen-Mechaniker
für Fertigmontage sofort gesucht. Nur Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen oder persönl. Vorstellung
Titania-Schreibmaschinen G. m. b. H.
Berlin SO. 33, Zeughofstraße 6-9